

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Vorstelgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Reichspost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. **Postfachkonto Nr. 53 477.**

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13008.

Anzerate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Platzvorrat 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Anzerate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilenuflage 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Anzeraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Fernsprecher: 4506 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Keine sozialistische Republik.

Die unnötige Revolution.

Weimar, 13. Februar.

Und abermals wurde aus Rede und Gegenrede ein Tag der Nationalversammlung, ein Schöpfungstag, in dem am Werke des deutschen Freistaates gearbeitet wurde. Und die deutsche Bourgeoisie kann befriedigt schmunzelnd sagen, daß das Werk gut war, d. h. für sie!

Die neue deutsche Regierung wurde heute dem Parla- mente vorgestellt, ihr Programm wurde verkündet, und die Sprecher der beiden bürgerlichen Stützen des neuen Systems gaben ihren Segen. Nicht umsonst! Ihr Segen war zugleich Exorzismus, Teufelsaustreibung. Der sozialistische Teufel wurde vom christlichen wie vom Bourgeois-Demokraten kräftig beschworen, gänzlich und für immer auszu- fahren aus dem Leibe des Neugeborenen.

Die Zeremonie ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Herr Gröber machte aus seinem Herzen keine Würde- grube. Er sprach das Wort, das die Lage besser kennzeichnet als alles andere, was in dieser Sitzung gesagt und zwischen- gerufen wurde, das Wort von der unnötigen Revolution.

Er konnte diesen Ausdruck wagen in dem Parlament, das sein Dasein dieser geläuterten Revolution verdankt. Er konnte ihn wagen vor einem Parquet von Abgeordneten, das zu mehr als einem Drittel aus einer Partei besteht, die sich sozialistisch nennt und beansprucht, die Triebkraft dieser Revolution gebildet zu haben und schließlich Hüter und Schildhalter ihr zu sein. Er konnte diesen Ausdruck tun und ihn unterstreichen und ausführen, ohne daß ihn ein donnernder Aufschrei empörten Protestes am Weiter- sprechen hinderte, ohne daß 165 angebliche Vertreter proletarischer Wähler wie ein Mann ausstrangen und die Fäuste ballten. Er durfte das Heiligtum und die Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse schmähcn, ohne daß eine Explosion des Jornes ihn von der Redefanzel segte.

Der schwäbische Zentrumsmann wußte das. Er hatte nichts zu befürchten. Er kennt seine Leute. Er weiß nur zu gut, was er von der revolutionären Gesinnung der Rechts- sozialisten zu halten hat. Diesen Herren ist das Angeheuer- liche dieses Ausspruches in dem Munde des Vertreters einer Partei, die die durch die Revolution geschaffene Regierung mit stellt und stützt, wohl kaum zum Bewußtsein gekommen. Denn die Denkwelt des Herrn Gröber ist von der ihrigen gar nicht so sehr entfernt. Es sind sicherlich nicht wenige unter ihnen, die im Stillen meinen, es wäre viel bequemer und gemüthlicher gewesen, wenn die Entwicklung, die mit der Berufung des Prinzen von Baden einsetzte, in aller Gemächlichkeit weitergegangen und ihnen die Unruhe und Unordnung der Revolution erspart geblieben wäre. Wie sie den Glauben an den Sozialismus verloren haben, diese Herren Führer, so auch den an die Revolution. Deshalb sie sich denn auch ohne besondere Anstrengung mit Altkon- sulten und Bourgeois zu einem Kabinett zusammenlegen können. Natürlich hindert das nicht, daß sie vor der Revolution bei den passenden Gelegenheiten die traditionelle Reverenz machen.

Die Rede des Zentrumsprechers hatte übrigens nicht nur die eine schöne Stelle. Herr Gröber hielt es offenbar für notwendig, gleich zu Anfang vor aller Öffentlichkeit festzustellen, daß seine Partei bei dem Eintritt in die Re- gierung ihren Partnern den Daumen fest aufs Auge gedrückt hat. Er hat ihre Ansprüche mit einer Rücksichtslosig- keit angemeldet, die da deutlich zeigt und offenbar auch dem deutschen Volke zeigen soll, welche geringe Rolle der Sozialismus in der neuen Regierung spielt. Herr Gröber vertrat sich die Bezeichnung des neuen Staatsgebildes, das Deutschland jetzt darstellt, als sozialistische Republik. Er betonte nachdrücklich, daß die Regierung kein sozialistisches Götter- trage, sondern eine Koalitionsregierung, also ein gemischtes Wesen sei. Er gab nicht minder deutlich zu ver- stehen, daß der Republikanismus seiner mitregierenden Partei nur ein dünner Firnis ist, eine notgedrungene An- erkennung harter Tatsachen, unter dem der alte Royalismus schnell wieder zum Vorschein kommen würde, wenn andre Tatsachen dazu die Möglichkeit geben sollten. Scharf for- mulierte er den Widerspruch gegen die Tendenz zur ein- heitlichen deutschen Republik. Das Zentrum erklärt laut und trotzig, daß es an den föderalistischen Hemmungen sonder- perulitischen Entwicklung, an den partikularen Sonderheiten und Sonderrechten mit Zähigkeit festhalten wird. Sind sie doch die letzten Schlupfwinkel der Reaktion, die die christlichen Demokraten sorgsam zu erhalten gedenken. In ihnen soll die kirchliche Schule und die staatlich gestützte Kirche — Einrichtungen, die das Zentrum mit Zähnen und Nägeln verteidigen wird — ihre gesicherte Zuflucht finden.

Herr Raumann war nicht ganz so groß, wie Herr Gröber. Aber seine geistliche, gefeilte und mit nicht wenig Bildung getränkte Rede ist im Hauptpunkte doch genau dasselbe wie die derbe lapidare des Zentrumsführers. In der Absage an den Sozialismus nämlich, die Herr Raumann freilich sorgfältig in allerlei Verbrämungen und Verbeugungen einwickelte. Indeß in der Sache läßt er nicht mit sich markten. „Sozialistische Experimente zugunsten einer Theorie“ werden entschieden abgewiesen und die So- zialisierung wird wegen des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft als eine Sache angesehen, die noch un- möglich geworden sei, als sie es schon ohnehin von jeher gewesen sei. Dieser Vertreter des sogenannten sozialen Liberalismus, der immer Anspruch gemacht hat, für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse einen weiteren Blick zu haben als der Durchschnittsliberalismus, der den alten Manchester- geist nur erst unvollkommen abgestreift hat, vermag also nicht einmal zu erkennen, daß gerade die Not der Zeit den Sozialismus zur einzigen Rettung der großen Volksmassen stemmelt.

Den Rechtssozialisten wies Herr Raumann in Konsequenz seiner und seiner Parteigenossen Auffassung die Rolle des Bligableiters gegen weiter revolutionäre Spannungen zu. Die Bourgeoisie geht mit ihnen zusammen, will sie das Verbleiben der Rechtssozialisten in der Regierung für not- wendig hält, um die proletarischen Massen vertrauensvoll und hoffend zu erhalten, um sie nicht zu der bitteren Er- kenntnis kommen zu lassen, daß ihnen die Früchte der Revo- lution wieder entgleiten, wenn sie nicht selbst energisch nach dem Rechten sehen. Die Rechtssozialisten werden von der Bourgeoisie gebraucht, um den Sozialismus, um die Revo- lution zu ersticken. Und die neugeborenen Demokraten dürfen von sich sagen, daß sie ihre Leute für ihre Zwecke gut und passend ausgewählt haben.

Im übrigen zeichnete sich diese Rede des Sprechers der Demokraten dadurch aus, daß sie weit mehr die nationale Note anschlug als die demokratische.

Die Exkurse Raumanns in die deutsche Vergangenheit, seine respektvollen Verneigungen vor den deutschen Fürsten- hüten zeigen, daß der Republikanismus seiner Partei nicht viel nützt und stützender ist als der der Altkonkulten. Die Demokratie kann dieser Koalition ganz gewiß nicht das Haupt ruhig in den Schoß legen.

Damit wäre das weentliche des „großen Tages“ skizziert. Doch richtig: Zu Anfang trat auf Herr Philipp Scheide- mann, proklamierte das Regierungsprogramm und verlas Erläuterungen dazu. Anfangs sehr trocken und schwunglos, auch als er später etwas polemisch gegen die Rechte wurde, sagte er seine Sprüche wider die Al-

deutschen und den Hazardeur des Weltkrieges ziemlich nüchtern auf. Warm wurde er erst, als er gegen die Unabhängigen loszog. In dieser Rolle des Bekämpfers der verschiedenen Sozialisten fühlt sich der neue Ministerpräsident offenbar in seinem Element. Das kennzeichnet ihn, so wie die Hal- tung der bürgerlichen Regierungsbestandteile die Rolle der Rechtssozialisten bestimmt. Und deswegen verdient die Scheidemannsche Rede zu lesen zu werden. Sonst wär's nicht nötig, denn über allgemeine Allgemeinheiten ist diese Programmrede nicht hinausgekommen.

Meisterstücke der Verschommenheit sind im Programm zum Beispiel die Sätze über das neue Heer, in denen jede Andeutung über die Regelung der Kommandogewalt fehlt. Es ist überhaupt das Programm des Auswei- chens. Wo es sich um Entscheidungen über die wichtigsten Probleme handelt, die die Revolution aufgeworfen hat, wo die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat aufkaffen, da macht dieses Programm einen Bogen. Von Schule und Kirche sagt es einfach nichts. Und noch kenn- zeichnender als dieses Stillschweigen ist das Verlegenheits- nestammel, das es über die Sozialisierung sagt. In- des würde man dieser Regierung unrecht tun, wenn man ihr vorwerfen wollte, sie habe kein Programm. O ja, sie hat schon eines. Und ein sehr ausgesprochenes. Herr Gröber hat es verkündet. Es steht in seinem Worte von der unnötigen Revolution. Sie ist allerdings unnötig gewesen, wenn ihr Ergebnis nichts weiter sein soll als das, was diese Regierung tun will, was diese National- versammlung schaffen will. Sollte das die Frucht des 9. Nov. sein, so hätte sichs allerdings der Mühe nicht verlohnt.

Der Unterschied der neuen „demokratischen Republik“ von der Monarchie, die mit den Reformen des Prinzen von Baden hergestellt wurde, wäre allerdings so gering, daß sich kaum ein Unterschied entdecken ließe. Deswegen wäre der 9. November allerdings sinnlos gewesen, wenn er nicht ein neues Prinzip aufgestellt hätte. Die deutsche Arbeiterklasse hat sich nicht erhoben, um die Bourgeoisie in den Sattel zu setzen, sie ist für ihre eigene Sache auf- gestanden. Und wenn ihr jetzt gesagt wird, daß ihre Revo- lution unnötig gewesen sei, so heißt das, daß sie das nicht erreichen soll, was ihr als das Ziel der Revolution vor- geschwebt hat. Darum recht der Kampf; um ihn zu ge- winnen, muß sie sich wappnen. Das Wort von der un- nötigen Revolution aber soll man über die Lippe der neuen Minister, über das Programm der Koalition setzen. Es wird wie kein anderes die deutschen Arbeiter stetig daran erinnern müssen, was sie noch alles in ihrem Revolutions- werke nachzuholen haben.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Die Feindseligkeiten gegen die Polen sind einzustellen.

Berlin, 13. Februar. (W. Z. V.) Die französische Delegation in Spa hat am 13. Februar, morgens 8 Uhr 30 Min., telephonisch die deutsche Vertretung in Spa benachrichtigt, daß vom französischen Generalstab, General Wehgang, bei ihr folgendes Telegramm eingelaufen ist:

„Der am 10. Januar erneuerte Waffenstillstand läuft am 17. Februar ab. Die Verlängerung über diesen Termin hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens ist von den allierten Regierungen nicht bewilligt worden. Infolgedessen haben sich die allierten und die deutschen Bevollmächtigten, welche die Verein- barungen vom 11. November, 18. Dezember und 18. Januar ge- troffen haben, zu einer Konferenz zu vereinigen, um über die Ver- längerung des Waffenstillstands über den 17. Februar hinaus zu beschließen.“

Das Oberkommando der Allierten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommando vorzuschlagen, die Konferenz am 14. Februar, nach- mittags, in Trier stattfinden zu lassen, und zwar unter denselben Umständen wie im Januar. Es wird um unverzügliche Antwort gebeten.“

Die Abreise der deutschen Delegierten erfolgt heute nachmittags um 4 Uhr vom Anhalter Bahnhof in einem Sonderzug. Staats- sekretär Erzberger, der von Weimar kommt, trifft mit den Berliner Mitgliedern und Kommissaren in Kassel zusammen.

Paris, 13. Februar. Nach einer Kavalmessung wird es das hervorhebendste Merkmal des neuen Waffenstillstandes sein, daß er nicht mehr auf eine kurze Frist, sondern endgültig bis zur Unter- zeichnung der Friedenspräliminarien abgeschlossen wird. Der Oberste Kriegsrat war der Ansicht, daß der provisorische Modus vielmehr weder für Deutschland noch für die Entente länger von Wert sei und daß es besser sei, das Beständige in den Beziehungen der beiden Parteien zu besiegeln. Seit dem 11. November konnten die

Allierten in der Tat Deutschland aus der Nähe prüfen und sich genau von seinen wirklichen Kräften ihnen gegenüber Rechenschaft ablegen. Sie müssen in der Lage sein, von ihm die Ausführung seiner Verpflichtungen zu erreichen, ohne das Zwangsmittel der allmonatlichen Erneuerung des Waffenstillstandes zu gebrauchen, das gleich einem Damoklesschwert über Deutschland schwebt. Anderer- seits wurden die Allierten genötigt, um so ernsthafte Währungs- forderungen, als der Waffenstillstand länger dauern würde. Sie haben die Grundzüge Willens angewandt, nach denen es Deutsch- land unmöglich gemacht werden müsse, den Krieg wieder zu beginnen, und monatelang die Beziehungen zwischen Deutschland und der Entente nicht durch häufig wiederholte Waffenstillstandsbesprechungen ver- giftet werden sollten. Ferner wurde der energische Wunsch Clemens- ceaus verfaßt, Frankreich gegen feindliche Ueberrumpfung zu schützen, den er in der letzten Sitzung des Kriegsrats ausdrückte. Wilson hat sich dieser Auffassung angeschlossen. Nach Anhörung der militärischen Sachverständigen nahm der Kriegsrat schließlich folgende Entscheidung an:

Der gegenwärtige Waffenstillstand wird am 17. Februar für sehr kurze Dauer erneuert werden, mit der Absicht für die Allierten, ihn jederzeit aufzuheben, sobald die Allierten nicht er- füllt werden, zu denen die vorher von den Deutschen nicht aus- gesprochenen, sowie die Verpflichtung für ihr Heer, unverzüg- lich die Feindseligkeiten gegen die Polen einzustellen und nicht eine festgesetzte Linie zu überschreiten. Während einer kurzen Frist wird eine Sonderkonferenz endgültig die Bedingungen für den neuen Waffenstillstand redigiert haben, der diesmal bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien gelten wird. Die Bedingungen sind fest und sollen vor allem die Demobilisierung und Entwaffnung Deutschlands unter Kontrolle der Allierten ins Auge fassen. Deutsch- land wird dann mit neuen Waffenstillstandsbedingungen befaßt werden. Die Nationalversammlung in Weimar wird bis zwischens- bis zum Erlöschen des provisorischen Waffenstillstandes zu prüfen vermögen.

Nationalversammlung.

Vizepräsident Haushamm eröffnet die Sitzung der Nationalversammlung um 3 Uhr 20 Min. mit der Verlesung eines ihm vom Präsidenten David zugegangenen Schreibens, in dem dieser infolge seiner Berufung in die Reichsregierung sein Amt als Präsident der Nationalversammlung niederlegt, ferner ein Schreiben des Reichspräsidenten über die Bildung des bereits gebildeten Reichsministeriums.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Entgegennahme einer

Erklärung der neuen Reichsregierung.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann nahm das Wort zu seiner großen politischen Rede.

Er trug zunächst das Programm des Reichsministeriums, umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft, vor, welches die folgenden hauptsächlichsten Punkte enthält: Festigung der Einheit des Reichs durch eine starke Zentralgewalt, Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Festhalten am Wilsonschen Programm, Ablehnung jeden Gewaltfriedens, Wiederherstellung eines deutschen Kolonialreiches, sofortige Rückgabe der deutschen Kriegesgefangenen, gleichzeitige Abrüstung am Westbündnis, gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung, obligatorische Zwangsverpflichtung zur Vermeidung des Krieges, Abschaffung der Geheimdiplomatie; in der Innenpolitik: demokratische Verwaltung, Betätigung der Frauen zu öffentlichen Diensten, Schaffung eines Volksgesetzes auf demokratischer Grundlage zum Schutze des Vaterlandes unter weitestlicher Herabsetzung der Dienstzeit, Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrgangs 1900, Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere, für die Kriegesinteressierten und Kriegesbeschädigten, einheitliche Grundzüge für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung der durch die Kriegesfolgen schwer geschädigten mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, zunächst Aufrechterhaltung der Nationalerziehung und Abschaffung für notwendige Lebensmittel, auf denen wir Mangel leiden, Unterstellung der Geschäftswelt, die einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, unter öffentliche Kontrolle, bzw. soweit sie sich dazu eignen, Sozialisierung, Festlegung der Koalitionsfreiheit für jedermann; auf sozialpolitischem Gebiet: planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Ausbau des Mutterrechts, der Säuglings- und Jugendfürsorge, Menelung des Arbeitsnachweises auf öffentlicher, rechtlicher und parlamentarischer Grundlage, Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes, Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, verschärfte Erlassung der Kriegesrenten und Wiederherstellung einer Mehrrentenkommission, Heranziehung der Vermögenden zur Verminderung der Reichsschuldenlast, Sicherstellung der Gewissensfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigung.

Es folgten dann die politischen Ausführungen.

Nach der Flucht des letzten Kaisers nahm auch Prinz Max seinen Abschied und übertrug die Leitung der Reichsangelegenheiten meinem Parteigenossen Ebert, der in Gemeinschaft mit Landobers und mir die Regierung antrat. Damit entstand die provisorische Regierung, die bis zum gestrigen Tage gedauert hat. In dem Augenblick, wo Deutschland sich wieder als eine demokratische Republik, mußte notwendigerweise die Fortführung der Geschäfte an diejenige Partei fallen, die seit jeder der Vorkämpferin des demokratischen Prinzipiums gewesen war. Wir standen unter dem Zwange der geschichtlichen Notwendigkeit. Am 10. November ernah sich die Notwendigkeit, daß wir uns mit der Fraktion der Unabhängigen auf Bildung einer gemeinsamen Regierung einverstanden. Wir gingen dabei von der Ansicht aus, die Revolution ohne weiteres Unterwerfen ihrem Ziele zu verfolgen, so wie wir dieses Ziel verstanden, zur Durchführung einer reinen Volksherrschaft im Staat, die uns auch als Sozialisten die Möglichkeit zur praktischer Arbeit eröffnete. Die erste unsere Arbeit und wie weit unser Einigenkommen war, erschien Sie aus dem Umstand, daß wir uns bereit erklärten, alle Politik paritätisch zu betreiben, obgleich wir genau wußten, daß unser Anhang im Volk unverschiedlich viel größer war als der anderer Partei. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wir nahmen das Verhältnis 1:1 an, während die Voten zur Nationalversammlung das Verhältnis 11:2 ergaben. (Sehr richtig! Zuruf h. d. Unabh.: Wird schon anders werden! Lachen.) Unter diesen Umständen war unsere Herrschaft von vornherein befristet mit einer Befristung gegen den Geist der Demokratie. (Sehr richtig! h. d. Sozialdemokraten, Lachen h. d. Unabhängigen.) Aber es war dies beim damaligen Stand der Dinge ein notwendiges Quasitribunal an eine Partei, die nun einmal in den Kesseln verfaßten war, nicht gelten zu wollen als sie ihrer Pflichten bedient. (Unterbrechungen h. d. Unabh.) Der Fehler vergrößerte sich bei einem Teile der Partei zu einer traurigen Schuld. Er strebte danach, als Epitaph des deutschen Volkes mit Gewalt die ganze Macht an sich zu reißen. Er

verkannte das Wesen der Revolution

und lehnte es ab, die Mehrheit der Äuße zu revolutionieren, sondern suchte durch List und Ueberrudung die Mehrheit auf seine Seite zu bringen. (Sehr richtig! Zurufe h. d. Unabh.) Ich nehme ohne weiteres an, daß die meisten Uebereiner nicht Unternehmern der Sache der Menschheit zu dienen glaubten. Aber es ist das der schlimmste Irrtum, dessen ein Mensch fähig ist, wenn er glaubt, die Segnungen des Sozialismus mit Sonderinteressen und Maschinenwesen einem Volke beizubringen. (Sehr richtig! Zurufe h. d. Unabh.) Diesen Ihren Wahn haben wir bekämpft, mit Worten, solange er sich in Worten äherte, mit der Tat, als seine Anhänger wahrheitsliebender zu Taten übergingen. (Zustimmung.) Wir haben damit nur unsere Pflicht getan. (Beifall.) Wir haben dabei die Interessen des ganzen deutschen Volkes verteidigt, und so schwer wir uns auch in diesem Kampf entsetzten haben, unser Gewissen ist rein. (Zustimmung.) Wir haben zur Vermeidung des Bürgerkrieges alles getan, nicht zuletzt auch, weil wir wußten, daß nach Entsetzung des Bürgerkrieges Ehrenlichkeiten auf beiden Seiten nicht zu vermeiden sein würden. Man kann nicht neben jeden Soldaten einen Minister stellen, der aufpaßt, daß der Soldat nicht über die Stränge schlägt. (Sehr richtig!) Die alleinige Schuld für das, was geschehen ist, fällt ausschließlich auf die, die allen Warnungen und Beschränkungen zum Trotz das Verderben entsetzt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt führten zum

Austritt der Unabhängigen aus der Regierung.

Was dann folgte, haben meine Freunde mit den Unabhängigen als Angehörige der sozialdemokratischen Partei auszumachen, nicht als Mitglieder der Regierung. Wir können aber nicht verneinen, welche ungeheurer Schade dadurch dem Grundgedanken der Demokratie zugefügt ist, daß die Unabhängigen sich niemals an einer reinlichen Trennung von den Anhängern jeder Minderheit aufreißt haben, die die Nationalversammlung bis zuletzt als einen Hort der Gegenrevolution bekämpft haben. (Lebhafte Zustimmung; Zurufe h. d. Unabh.) Ihr Verdienst ist es wirklich nicht, wenn heute schon die Nationalversammlung das erste Lebensbedürfnis eines Volkes erfüllen kann: die Schaffung einer Verfassung. (Erneute Zurufe h. d. Unabh.) Sie sind die Sklaven einer Demagogie geworden. Sie folgen den lautesten Schreien, sie bekämpfen die Nationalversammlung, obwohl sie nichts anderes ist und nichts anderes sein soll als die Versammlung, die die Magna Charta der Revolution beschließen soll. (Lebhafte Beifall. Rühmende Zurufe h. d. Unabh.) Nicht die Revolution zu beenden, sondern ihr Werk methodisch und voll unterwerfen fortzuführen, muß die Aufgabe jeder künftigen Volksgewalt sein, die vor der Geschichte in Ehren bestehen will. (Zuruf h. d. Unabh.: Auf ewig gebrandmarkt!) Auch die gegenwärtige erste Regierung, deren Fortbestehen von Ihrem Vertrauen abhängt, kann ihre Aufgabe nicht anders auflösen, nachdem das Volk am 19. Januar keiner Partei die absolute Mehrheit zuerkannt hat. Die Bildung einer aus mehreren Parteien zusammengelegten Regierung ist zur unabweidlichen Notwendigkeit geworden,

den, und zwar auf einer möglichst breiten Grundfläche. Die dabei auftauchenden Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Dem Programm des Präsidenten Wilson laute Scheidemann: Es ist von uns und innerer Uebereinstimmung angenommen worden. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht nach höchsten Kampfen errungen. Wie sollte es anders als fröhlich dem Grundgesetz huldigen, das Völkern und Völkern nicht wie Bauern auf dem Schachbrett verschoben werden dürfen? Aber es darf auch keine neue Sklaverei ausgerichtet werden. Das deutsche Land soll und wird das Vaterland aller derjenigen sein, die Deutsche sein und bleiben wollen. Keins seiner Kinder soll in Schmerz und Not verkommen. Die Nachpolitiker der Entente können und wohl zum Frieden zwingen können, einen solchen Frieden im Innern ihres Herzens als ehrlich und gerecht anzuerkennen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unter lebhaftem Beifall richtete Scheidemann einen warmen Appell an alle Neutralen, die sich ein Gefühl der Menschlichkeit bewahrt haben, und in der Forderung auf

sofortige Beendigung der deutschen Kriegsgefangenen

zu unterstützen. Die große Aufgabe, sagte Scheidemann im weiteren Verlauf seiner Rede, die wir uns gestellt haben, ist die Beendigung der Massenunterschiede. Ich will an dieser Stelle ein offenes Wort zu Ihnen sagen. Es würde nutzlos und unnützlich sein, die Lasten zu verweigern zu wollen, daß innerhalb der neu gebildeten Regierung aber das Ideal der höchsten Gesellschaftsordnung verschiedene Auffassungen herrschen. Aber ich möchte Ihnen sagen zu dürfen: Kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Auge einer Entwicklung befinden, die weiter zurückgeschraubt, noch ohne schwere Gefahr für das Ganze übersehen werden kann. Was und warum, ist das, was das harte Maß, die bittere Not. (Lebhafte Beifall.)

Der Zentrumsdag. Gröber erklärte hierauf u. a.: Es sind nun schon mehr als vierzehn Monate, daß Deutschland um Frieden arbeitet hat. Das ist ein Vorgang, wie er in der ganzen Geschichte der Welt noch niemals vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet und nicht als vierzehnte Monate nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhält. (Lebhafte Zustimmung.) Gröber erklärte sich im Namen des Zentrums auch heute gegen jede, auch französische und polnische, Annexionspolitik und protestierte gegen den Plan, den Kaiser vor ein ausländisches Gericht zu stellen, wodurch nur Deutschland herabgewürdigt und beschimpft werden sollte. Gegen die Annexionspolitik und gegen den Bolschewismus muß sich das deutsche Volk zur Wehr setzen, und es braucht deshalb eine Volkswehr. Gröber dankte dann der früheren Arbeit für das, was sie zum Schutze für unser deutsches Volk geleistet hat, und wandte sich dann gegen die Soldatenräte, deren Wert als Vertrauensausdrücke er anerkannte, deren politische Tätigkeit aber er verwerfen zu müssen erklärte. Den großen Grundbaustein nicht nur der persönlichen, sondern auch der geistlichen Freiheit der Nationen, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Versammlung des deutschen Volkes seien. Die Regierung der Einzelstaaten zwischen Staat und Kirche muß Sache der Einzelstaaten sein, nur, daß sie auf dem Boden der Freiheit zu erfolgen hat. Durch unsern Eintritt in die Regierung werden mehr als drei Viertel der Nationalversammlung in der Regierung vertreten. Durch unsern Eintritt wird auch die Politik der Regierung beeinflusst. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist ein Koalitionsprogramm, nicht ein sozialistisches. Man wird auch klug!

nicht mehr von einer sozialistischen Republik sprechen

dürfen. Wir sind nicht Mitglieder einer sozialistischen, sondern einer Koalitionsregierung, wir bleiben Zentrumsmittglieder auch in der Regierung. Wir sind auch keine Anhänger der Demokratie gewesen. Trotzdem müßten wir die Revolution, weil sie eine gewaltsame Unterbrechung der stetigen demokratischen Fortentwicklung war. Die Revolution vom 9. November hat uns militärisch, politisch und finanziell aufs schwerste geschädigt. Ohne die Revolution hätten wir längst den Frieden. Meine politischen Freunde stellen sich nach allem, was geschehen ist, auf den Boden der vollen und vollen Tatsachen. Wir wollen die demokratische Republik, weil wir in ihr die einzige Möglichkeit erblicken, dem Chaos der Revolution zu entkommen. Wir wollen die demokratische Republik auf liberaler Grundlage. Wir sind aber Gegner einer ungelunden Schablonisierung und Zentralisierung. Man darf nicht glauben, daß der Ruf „Los von Berlin“ nur aus einer bloßen Oppositionslust entstanden ist. Warum soll man nicht auch den deutschen Stämmen das Recht lassen, im Rahmen des Ganzen nach ihrer Eigenart ihre Verhältnisse zu ordnen?

Wir begrüßen es, wenn die Deutsch-Oesterreicher zu uns kommen würden, nachdem sie lange Jahre durch eine falsche Machtpolitik aus Deutschland verdrängt worden sind. Nach Abstimmung und Beschließung geben sie zu uns. Wären sie bald zu uns gekommen (Lebhafte Beifall.) Unsere Volksgemeinschaft ist krank, sehr krank. Unser Volk muß zum Geist der Arbeit und Uebereinstimmung zurückgeführt werden. Nur das kann uns wieder aufrichten. Die frühere Größe Deutschlands ist nicht durch militärische Gewaltleistungen errungen worden, sondern durch bürgerlichen Fleiß und Ehrlichkeit.

Abg. Dr. Naumann (Demokrat): Es wäre auch eine un-

sozialistische Mehrheit noch rechtlich möglich gewesen, aber diese würde zwei Hauptworte der Gegenwart nicht erfüllen können. Die würde die Revolution nicht beenden können und dem Lande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechte als eine Garantie für einen künftigen Frieden in seiner Weise erscheinen. Die bürgerliche Umgestaltung, die wir in Deutschland bisher nicht hatten, kann jetzt durchgeführt werden, weil Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum darüber einig sind. Wir haben keine angeborenen politischen Vorrechte mehr, keine Kosten und Klassen. Wenn die drei Parteien mit all ihren Verbindungen in Nord und Süd die Hände ineinanderlegen und sagen „wir wollen trotz unserer Eigenart und Differenzen eine gemeinsame Einheit der Reichsleitung sein“, dann ist sehr große Gefahren der Abspaltung von Teilen allein durch diese eine Tatsache von vornherein überwunden. (Lebhafte Zustimmung.) Daß die Vertreter der drei Parteien in der Regierung ihrer Partei angehörig bleiben, halte ich sogar für einen Vorteil. Denn so kann die neue Regierung

von vornherein keine Klassenregierung

sein. Bestimmt und unabweidlich muß gesagt werden, daß unter die Geschichte der Fürsten im Reich gemacht ist, daß ein Traum vom Wiederkommen der Monarchie nur die Bedrohung mit einem Bürgerkrieg ist, das schlimmste und Unheilvollste, was wir erleben könnten. (Lebhafte Beifall.) Die großen Schwierigkeiten, wie sie schon vor 70 Jahren vorhanden waren, bestehen auch heute. Wir sind kein einheitlich, schematisch gegliedertes Volk. Ein einheitliches republikanisches deutsches Volk zu machen, das ist die Aufgabe, warum wir hierher geschickt worden sind. Wir stehen jetzt in einer Weltlage, wo der politische Typ von Amerika ausstrahlt. Vom Westen kommt jetzt Wilson mit seiner heiligen Allianz des Völkerbundes. Wir brauchen die Einigung in diesen Weltzug notwendig. Der Deutsche erscheint in der Welt draußen als das Raubtier innerhalb der Menschheit, das vernichtet werden muß. Wenn jetzt die Draußen sehen, daß wir von dem, was von unsern Deeren noch übrig geblieben ist, wieder Deere stellen formieren, damit wir nicht ganz von den Polen und Tschechen aufgefressen werden, ruft man in Frankreich „Seht, sie wollen den Frieden nicht, es ist ihnen nicht Ernst damit!“ Ja, wir wollen den Frieden ehrlich, aber wir wollen auf deutschem Boden nicht von Fremden aufgefressen werden. Wenn in dieser verzweifelt Lage die Drinnen nicht anders zu sagen wissen als „Nicht Euch nicht, laßt Euch weiterfressen!“, so kommen einem doch diese Zweifel an der Wahrscheinlichkeit der großen Deklamation von der Zivilisation. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Erzberger: Zwei Tage vor der Verlängerung des Waffenstillstandes kam die Aufforderung der Allierten, Sachverständige in Lebensmittelfragen und Schiffahrtsangelegenheiten nach Trier zu senden. Bei den nächsten Verkehrsverhältnissen sind diese Sachverständigen einen Tag später in Trier einzutreffen als die Waffenstillstandskommission. Marschall Koch hat einen Tag vor der Verlängerung des Waffenstillstandes im Januar vorgeschlagen, es müßte eine Sonderkonferenz über

Bestellung von Schiffen und Lebensmittel

stattfinden. Ich erklärte mich dazu bereit und fügte hinzu, daß die deutschen Sachverständigen noch nicht angewiesen seien. Man kam überein, daß der Marinefachverständige der Waffenstillstandskommission die Wünsche der Allierten entgegennehmen sollte. Kapitän Bauselow meldete sofort als seine Forderungen an: 1. Sicherstellung des Eigentums an deutschen Schiffen, 2. Recht der deutschen Besatzung, 3. angemessene Vergütung. Die Engländer, Amerikaner und Franzosen haben hier drei Fragen gestellt. Ich will sie hier die Punkte so: Soll der Waffenstillstand verlängert werden? Soll Deutschland die Aussicht haben, die unentbehrlichen Lebensmittel zu bekommen, oder sollen wir abreißen? Die Verantwortung für das Letztere hätte ich nicht übernehmen können, denn die Politik der Allierten kann das deutsche Volk in der heutigen Zeit nicht mehr helfen. (Sehr richtig!) Die in der Öffentlichkeit oft ausgesprochene Behauptung, daß die deutschen Schiffe ausgeliefert seien, ist ein Grundverstoß, mit dessen Verbreitung die deutschen Interessen geschädigt werden. Die Schiffe sind nicht ausgeliefert, sondern werden nur zur Verfügung gestellt. Es ist ausdrücklich in dem Abkommen gesagt, daß damit keine endgültige Entscheidung getroffen ist, daß das Abkommen nur für die Dauer des Waffenstillstandes gilt. Alle unsere Bemühungen, vom Gegner Kredite zu bekommen, sind gescheitert. Es kann niemand von uns verlangen, daß wir die Schiffe hinausfächeln, wenn die Gefahr besteht, daß das ganze Abkommen aus dem Finanzabkommen scheitert. Mit den Sachverständigen bin ich dauernd in Fühlung geblieben. Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß wir die russischen Gefangenen nicht zurückgeben hätten. Rußland hat uns heute die 60 000 deutschen Kriegsgefangenen, die noch im Lande sind, nicht zurückgegeben. (Sehr richtig!) Wir haben dagegen die russischen Gefangenen zurückgegeben, bis die Entente von uns verlangt hat, daß der Rest in deutschen Sammellagern vereinigt und nach den Bestimmungen der Entente in bestimmte Gegenden geschickt werden soll. Seit dem 11. Januar 1919 befindet sich kein Kriegsgefangener der Allierten mehr in Deutschland. Um so berechtigter ist die einmütige Forderung des deutschen Volkes, daß noch vor dem Abschluß des Präliminarfriedens die deutschen Kriegsgefangenen und wiederzugeben werden. (Beifall.)

Die Beratung wird abgebrochen. Schluß 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag, 2 Uhr: Wahl des Präsidenten und eines Vizepräsidenten. Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung

Das Kabinett.

Weimar, 18. Februar. (W. Z. V.) Das Kabinett setzt sich endgültig wie folgt zusammen:

Präsident des Reichsministeriums: Scheidemann; Vertreter des Präsidenten und Reichsminister der Finanzen: Schiffer; Reichsminister des Auswärtigen: v. Brockdorff-Rantzau; Reichsminister des Innern: Preuß; Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums: Wissell; Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums: Robert Schmidt; Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums: Noke; Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums: Giesberts; Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums: Dr. David, Erzberger, Gotzein.

Stimmungsfrage.

Die Reaktion arbeitet mit Geschick und Energie an der Durchsetzung ihres Rieles, der Wiederherstellung der reaktionären Herrschaft der Bourgeoisie. Sie verschmäht dabei kein Mittel. Vor allem gilt es, die Revolution bei den Volksmassen zu diskreditieren, die Revolution in ihrem Verlauf als einen ständigen Niedergang aller politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse darzustellen, dessen Ende das wildeste Chaos sei. Verdrängung, Ueberrudung und Lüge spielen dabei die Hauptrolle. Wo eine Fensterkante eingeschlagen wird, wo irgendein Tumult entsteht, da werden es Spezialisten und ihr „Anhang“, U. E. P.-Leute. Es ist wie im Jahre 1878 nach den Wintertagen der Hitze und Hölle, da jeder Dummheitsgenie die Sozialdemokratie an die Wand zu schlagen begann. Und wie damals verhält sich heute jeder Witzler, jede Verwahrung, jede Klugheit und jeder Nachweis, daß die revolutionäre Sozialdemokratie nichts mit Dingen zu tun hat, die außerhalb ihres Programms und ihrer Taktik liegen. Die Hege geht immer weiter.

Als Kämpfer ihrer Klünste aber läßt die Reaktion den Vopanz des zimobert angelegten Volksweltwuns aufmarschieren, der angeblich die deutschen Gezeiten bedrohe, Nord und Schweden in die deutschen Lande tragen wolle. Seine Kränze ständen schon vor den Toren, um Einfall zu bereiten. Schreierei über die Schauerbräuterei macht dem braven und oft so gutgläubigen Deutschen im Geiste, und er, der vier Jahre lang belagert worden ist, wie selten jemand belagert wurde, er läßt sich eine Gänsehaut nach der andern über den Rücken lagern.

Wir stehen sowohl den bolschewistischen wie den spartakistischen Methoden ablehnend gegenüber; wir halten unter den gegebenen Verhältnissen beide für verwerflich und verwerflich. Die sozialistische Partei in Deutschland, dessen wirtschaftliche und soziale Struktur eine ganz andre ist als die Rußlands. Aber wir werden und ganz entschieden gegen die infame Methode, die Bolschewistik und die spartakistische als eine ruchlose Bande niederträchtiger Räuber und Mörder hinstellen, die nichts anderes können und wollen, als fesseln und brennen durch die Lande zu fahren. Nur denke und politisch wie nationalistisch auch nur die geringsten Gedanken über die Dinge hier! Die Leumdungsmaßnahme freilich klar zutage: die Reaktion braucht eine Programmstimmung, braucht Kräfte und Schauer vor großen Massen, um die „alte Ordnung“ als das lausendmal Beste erscheinen zu lassen gegenüber den „unheilbaren Zuständen der Gegenwart“. Jedoch ist der durchaus richtige Annahme, daß erhebliche Teile des deutschen Volkes ganz und gar keine Neigung haben dürften, freiwillig unter die Krone des oberflächlichen Funkeriums und seiner politischen Maßregeln zurückzutreten, betreiben die Gegenrevolutionäre mit Hochdruck die Errichtung eines „diskiplinierten“ Saeres, in dem die selbstmitleidige Offizierskaste in alter Weise das Szepter führen soll. Um die Fortsetzung dem deutschen Volke mündend zu machen, muß vor allem der Bolschewismus herhalten, die angebliche Bedrohung der Grenzen durch bolschewistische Kräfte. Nun stellt die Die Rolle fest, daß die Bolschewistikregierung nicht daran denkt, ihre Kräfte nach Deutschland marschieren zu lassen. Die gegenwärtige Regierung mußte darüber auch unterrichtet sein, denn sie erhebt (nicht) radiotelegraphisch die offiziellen russischen Nachrichten, ebenso wie die russische Regierung den radiotelegraphischen Dienst der „Neueren Station“ bekommt. Aber während die russische Presse nicht die Neuen Nachrichten veröffentlicht, unterfängt die deutsche Regierung die russischen offiziellen Nachrichten, die eine gemäßigt wichtige Journalistenkraft betreiben wie die der Neuen Station. Die deutsche Regierung unterfängt alle die Nachrichten der deutschen Eisenbahnen. Sie unterfängt alle offiziellen Erklärungen der Sowjetregierung, obwohl diese nicht nur an die Regierung, sondern auch an alle Arbeiter und Soldaten Deutschlands.

Parad unterstellt die Regierung Ober-Scheidemann das wissenschaftliche Freiden der bürgerlichen und republikanischen Presse, das den Allierten Auer hat, angeblich verbindliche für den „Ordnung“ herbeizutrommeln und als einzige Rettung aus drohender Gefahr die Wiederherstellung eines hohenheeren Saeres in alter Form erscheinen zu lassen. Was in Wahrheit mit diesen Träumen und mit dem neuen Saere beschließen wird, zelebrant in die Freianst der nächsten Zeit. Der Kampf gegen den „Innen Feind“ ist die mehrere Lösung, Kampf gegen die Bolschewistik der Revolution im sozialistischen Sinne. Zu diesem hohen Zweck schritt sich die Regierung sogar bereitwillig mit dem Feind von außen, den Polen, verbunden zu haben. Denn nach einer Mitteilung im bürgerlichen Bundesrat hat sich ein gemeinsamer Bund zwischen den Parteien geschlossen worden, das die Bolschewistik

Waffen zwischen beiden Staaten beende und die militärischen Streitkräfte in einem gemeinsamen Ziel vereinigt, nämlich zum Schutze gegen die Volkseigenen... Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, 80.000 Mann gegen die Bolschewisten zur Verfügung zu stellen...

Wenn also die neue deutsche Allianz durchaus gegen den Bolschewismus und die russische Revolution ist, so ist es nicht zu erwarten, dass die russische Revolution in Deutschland einen Aufbruch zu neuer Freiheit bewirkt...

Was aber ist der tiefere Sinn des ganzen Einverständnisses? Stimmung für den 'Grenzschiebung im Osten' zu machen, Stimmung für die Modernisierung einer 'disziplinierteren Armee', eines 'stärkeren Werkzeuges in den Händen der Offiziere'...

In einer seiner unkontrollierbaren Reden gehört auch die nachstehende 'eigene Drahtmeldung' der Völkischer Nachrichten...

Das Gericht der Garde-Kavallerie-Regiment-Division stellt zu dem von der Wokn-Rohne veröffentlichten Material über die Ermordung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs mit, daß die Verhaftung - selbstverständlich - durch einen Verstoß erfolgt sei...

Das Verfahren ist eingeleitet.

Das Gericht der Garde-Kavallerie-Regiment-Division stellt zu dem von der Wokn-Rohne veröffentlichten Material über die Ermordung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs mit, daß die Verhaftung - selbstverständlich - durch einen Verstoß erfolgt sei...

Selbst der Vorwärts wußt sich von dieser Mitteilung keineswegs befreit. Sei auch nur ein kleiner Teil davon wahr, so ist dem ganzen Volke unverständlich, warum gegen sie noch kein Disziplinarerlass erlassen worden sei...

Der Vorwärts, der selbst in schamloser Weise dazu beitragen hat, um die Spuren der Mordtaten zu verwischen, lert sich ein wenig. Im Volke verliert man es ganz gut, weshalb die Herren Offiziere, trotzdem sie sich der gemelnten Mordtaten schuldig gemacht haben, sich immer noch auf freiem Fuße befinden...

Aber es kommt wenig darauf an, was das Kriegsgericht feststellen wird; das Volk hat sein Urteil bereits gesprochen, es ist sich darüber nicht mehr im Unklaren, an wessen Händen das Blut der Genossen Liebknecht und Rosa Luxemburg fließt...

20000 Mark verdient.

Im ubelken Kaspportagenten berichtet die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse die Einzelheiten über die Verhaftung Karl Liebknecht. Da wird erzählt, daß Liebknecht einen Betrag angefordert habe, daß er noch immer einen kleinen Kassenbestand habe und was dergleichen Unfugigkeiten mehr sind...

Die Verhaftung Liebknechts bedeutet also, daß die Regierung entschlossen ist, einen Konflikt mit Rußland herbeizuführen. Selbst wenn man Liebknecht vorwerfen wollte, daß er eine Erhebung gegen die Herren Scheidemann und Noske vorbereitet habe, so würde das vielleicht einen Wafel in den Händen der kapitalistischen Bourgeoisie bedeuten...

beten Genossen Liebknecht und Luxemburg geflossen war; und diese Bestand leblich in der Ausübung der brutalen Gewalt, des Bruchs mit allen Grundgesetzen, die von der Freiheit und Mautlastbarkeit der Person handeln...

Während ich in Verv, nicht ohne Erfolg, mich bemühte, für das deutsche Volk zu wirken, gegen das sich wegen der Verbrechen der alten Entente ein ungeheurer Wahnsinn erhob...

Reize gegen Eisner.

Der Grimm der Bourgeoisie und der reaktionären Kamarillen über Kurt Eisners Wirken für den Frieden und die Völkerverständigung macht sich in der allerbilligsten Verleumdung Eisners Luft...

Während ich in Verv, nicht ohne Erfolg, mich bemühte, für das deutsche Volk zu wirken, gegen das sich wegen der Verbrechen der alten Entente ein ungeheurer Wahnsinn erhob, erhalte ich aus Bayern Preherzeugnisse angeliefert, die mir leider beweisen, daß die Führer der öffentlichen Meinung sein wollen, heute noch ebenso sinnlos und frevelhaft das Verderben Deutschlands organisieren...

Ein Telegrammwechsel.

Der Zentralrat des VII. Armeekorps in Münster ist, wie wir bereits berichteten, vom dortigen Generalkommando aufgelöst, seine Mitglieder sind verhaftet worden...

Uns wird gemeldet, daß Soldatenrat Anwerbung für Ostschlesien verhindert und Freiwilligenkorps auflösen will. Das wäre schlimmster Landesverrat und würde unannehmlich geahndet werden.

Wir haben wiederholt festgestellt, daß die Freiwilligenkorps nicht zum Ostschlesien, dagegen zur Vertreibung der Klassenbewußten Arbeiterkraft benützt wurden...

Nichts kann deutlicher als die Telegrammwechsel zeigen, auf welcher Seite Wahrheit und Recht waren. Aber Noke fragt nicht nach Wahrheit und Recht - für ihn spielt nur die Gewalt...

Die französische Kultur im Saarbecken.

Unter dieser Überschrift berichtet W. Z. B. über Handlungen der Franzosen im von ihnen besetzten Saargebiet, deren richtige Würdigung durchaus verfehlt ist. Daraus wurde Geheimler Baurat Giesele vom französischen Kriegsgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt...

So sieht also die gezeigte Kultur, mit der die Franzosen auch im Saargebiet moralische Eroberungen machen wollen, aus. Von dem deutschen, allerdings ganz anderen Kulturstandpunkt aus nennt man solche Dinge unanständig und schamlos...

Zum Waffenstillstand.

Der Hamburger N.- und S.-Rat an die Waffenstillstandskommission.

Hamburg, 18. Februar. In dem Lebensmittelauschuss der Waffenstillstandskommission in Spa laubte der Arbeiter- und Soldatenrat folgenden Telegramm:

Der Hamburger N.- und S.-Rat erklärt hierdurch auf das Bestimmteste, die volle Verantwortung dafür zu übernehmen, daß seitens seiner Partei, sowie seiner militärischen oder sonstigen Stelle, insbesondere auch nicht seitens bewaffneter Arbeiter in die planmäßige Lebensmittelverteilung, Bewachung, Verwaltung und Bewegung der Hamburger Lebensmittelverteilung einbezogen wird...

Die belgischen Ansprüche.

Rotterdam, 18. Februar. Nieuwe Rotterdamse Courant meldet: Daily News erfahren aus Paris, es sei wahrscheinlich, daß eine besondere Kommission gebildet werde, um über die Ansprüche Belgiens zu verhandeln...

Die schwedischen Verste appellieren an Wilson.

Stockholm, 18. Februar. Die schwedische Verste appellieren an Wilson. Die schwedische Verste appellieren an Wilson. Die schwedische Verste appellieren an Wilson...

Deutschland.

Die königlich-sozialistische Exzellenz.

Ein Leser schreibt uns: Als Kuriosum schicke ich Ihnen das Anwert eines an mich gerichteten Bescheides des Preussischen Ministers des Innern, Herrn Dr. v. G. Exzellenz, mit dem Poststempel 'Berlin 18. 1. 19'...

Italienische Forderungen an Österreichische Kunstschätze.

Die frühere österreichische Herrschaft in Italien ist auch dazu benützt worden, Werke der italienischen Kunst und Wissenschaft nach Österreich zu bringen, teils in Staats-, teils in Privatbesitz des Kaiserhauses...

Kleine Auslandsnachrichten.

Rüstungen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ein Flottenbauprogramm, das sich über drei Jahre erstrecken soll, angenommen...

Wenn er dann noch weiter bemerkt: 'Ich treue mich namentlich darüber geäußert haben, daß Prinzip des Völkerbundes anzunehmen, dann dieser Weg bietet die einzige Hoffnung dafür, daß die Menschheit vor einer Wiederholung der Ursachen des Krieges bewahrt wird'...

Das polnische Nationalkomitee in Paris wird, wie Sigard schreibt, nach einer Ueberprüfung zwischen Wladislaw und Voberevski durch Vertreter der sozialistischen Partei und der anderen Parteien der jüdischen Richtung verouollständigt werden...

Chicago Tribune berichtet, daß die amerikanischen Polen die sofortige Demobilisation verlangen und nicht nach Polen gehen wollen.

Das Arbeiterrecht auf der Antarktis-Konferenz. Der Ausschuss für internationale Arbeiterrecht hat den Artikel 4 des englischen Entwurfs, der die Abstimmung nach Staaten durch das Recht der Vertreter ersetzt, selbständig ohne Rücksicht auf die Meinung der Vertreter des eigenen Landes zu stimmen...

Kontrolle deutscher Verste. Der amerikanische kleine Kreuzer Wicks ist am Mittwochmittag im Danziger Hafen eingelaufen. Er brachte eine Entente-Kommission nach Danzig, die mittags die Meereswert besichtigte und sich dann in zwei Kraftwagen nach Gding begab...

Doch noch die Konferenz auf den Vringensinseln? Die Pariser Plätter werden antlich, daß die Engländer, Letten, Estländer und Ukrainer die Einladung auf die Vringensinseln angenommen hätten.

Neu internationales Meer? Meiner erzählt, daß die Presseemobung, wonach die britischen und amerikanischen Regierungen der Schaffung eines internationalen Meeres und einer internationalen Flotte zugestimmt hätten, festlicher Begründung entbehrt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Handelsangestellten in Berlin ist zu melden, daß Militär zum Schutze der Arbeitswilligen versandt wird. Die Kommandantur hat ein Mundstillschreiben erlassen, in dem es heißt: 'In vielen großen Detailgeschäften streifen jugendliche Angestellte und verhindern die arbeitswillige Mehrheit am Bestreben der Geschäfte'...

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Parteiversammlung für den 12. und 13. Kreis.

Die am Donnerstag vertagte Parteiversammlung wird Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, im Großen Saale des Zoologischen Gartens stattfinden.

Sonntags abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Parteifunktionäre im Zoologischen Garten.

Neustadt. Funktionäre und alle Genossen, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen haben, werden zu einer Sitzung am Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, im Restaurant Goldner Löwe, Meißnerstraße 13, eingeladen.

Ortsverein Eintracht. Die für morgen, Sonntag, angelegte Mitgliederversammlung findet im Interesse der großen Parteiversammlung des 12. und 13. Kreises nicht statt.

Die Ursachen des Streiks der Leipziger uniformierten Beamten.

Der Zustand der Leipziger Schulpolizei, Feuerwehrmänner und anderer Beamtengruppen hat großes Ansehen erregt. Vom Rat sind die Streikenden bestig angegriffen worden, und der Verein Leipziger Gemeindebeamten hat den Streik „unberechtigt“ genannt.

Der Rat hat sich am Donnerstag im Sandfouci eine Beamtenversammlung, Kriminalschulgmann Kaiser wies zuerst darauf hin, daß die Forderungen der Beamten, Monatsgehälter von 300 bis 450 Mark, durchgesetzt seien.

Es sprachen noch eine Reihe Redner. Berieselt wurde eine im Sinne der obigen Ausführungen gehaltene Erklärung an die Leipziger Bürger. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, erklärten die Versammelten: „Sie verurteilen die Art und Weise des Vorgehens des Vereins der Leipziger Gemeindebeamten bezw. deren Vertreter.“

die in den Zeitungen bekanntgegeben wurden. Alle unwahren Behauptungen und Anschuldigungen müssen auf diejenigen zurückfallen, von denen sie ausgehen. Unser Bestreben muß dahin gehen, in geordneter Achtung nebeneinander, nicht aber gegeneinander, zum Wohle der Stadt zu wirken, wofür das Bestreben der Kanzlei- und Verwaltungsbeamten durch irdige Voraussetzungen geführt hat und weiter führen muß.

„Gerechtigkeit“ in der sächsischen Republik.

Aus juristischen Kreisen wird uns geschrieben: Am 13. August 1917 sind wegen Lebensmittelbeschaffungen unter Jubilation mildere Umstände vier Munitionsbewerber verurteilt worden, und zwar G. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, H. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, I. zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, W. zu 1 Jahr Gefängnis.

Diese Stellung des Justizministeriums erscheint uns so weniger begreiflich, als in der Amnestieverordnung in Absatz V mindestens andeutungsweise gesagt ist, daß selbst bei schweren Strafen als den ohne weiteres durch die Amnestie erlassenen, eine Begnadigung dann eintreten wird, wenn es sich um Strafaten handelt, die aus bitterer Not begangen sind.

Man arbeitet, wie es scheint, in Dresden ganz noch wie vor der Revolution, wo Begnadigungsgesuche meist in den Papierkorb geworfen wurden. Die Revolution brachte eine Amnestie, und es muß Sonde des Ministeriums sein, gewissenhaft zu prüfen, ob auf Grund der Amnestie ein Strafverfahren eingeleitet hat.

„Amlich nichts bekannt.“

In Leipzig hat eine Sitzung der Vertreter der Reichsbekleidungs-lager stattgefunden, in der Dr. P. Finkenwirth von der Reichsbekleidungsstelle erklärt hat, keine amtliche Stelle im Reich wisse, wie groß die Vorräte in Textilwaren im Reich seien!

Ein gefährlicher Wandervogelport.

Es soll ein Wandervogelkorps im Anschluß an die baltische Landeswehr gebildet werden. Melbet Euch daher nur in Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 1-12, Anwerbungsstelle Valsten-lager, mit dem Bemerkten, daß Ihr Wandervogel seid, und teilt es gleichzeitig und mit Weibet Euch umgehend dort an, da die ersten 50-100 geschlossen über Stettin zu Schiff nach Vibau fahren sollen.

gegeben, die dem gleichen Zwecke dient. In dem Leitartikel des Watters wird ein Anknüpfen über die bösen Volkswirten ange-nommen, die durch Eindringen ins baltische Gebiet die schönen Träume mancher „Wandervogel“ mit rauher Hand zerstört haben. Deshalb sollen es sich die Wandervogel angelegen sein lassen, dorthin zu fliehen und gemeinsam mit ihren deutschen Volksgenossen aus dem Vaterlande den Feind der Menschheit, die Volkswirtenbanden, zu vertreiben.

Am Dezember des vergangenen Jahres hat der General G r o s s e r in einem Geheimverhandlung ausgeprochen, daß kein Fußtritt des besetzten Landes an Rußland zurückgegeben werden sollte. Man hat es damals schon abgelehnt, den General deshalb zu entlassen. Die jetzigen Anstrengungen zeigen erneut, wie ernst man in gewissen Kreisen auch jetzt noch im Sinne dieses Erlasses arbeitet.

Wo bleibt das Schweinefleisch?

Die Bevölkerung wundert sich vielfach, daß sie die von den Schweinehaltern abzugebenden Speck- und Schweinefleischmengen und den bei den Schlachtungen gewonnenen Talg nicht zu sehen bekommt. Die Schweinefleischmengen, die in Leipzig abgefleuert werden, sind im Verhältnis zum allgemeinen Fleischverbrauch sehr gering.

Wir glauben schon, daß Leipzig nur geringe Schweinefleisch-mengen erhält. Das Schweinefleisch wird aber zum wesentlichen Teil in den S c h l e i s i a n d e l gebracht und zu Preisen abgesetzt, die nur ganz reiche Leute bezahlen können.

Zu dem Kapitel von der „Arbeitslosen“.

In den bürgerlichen Blättern werden die Arbeiter oft verächtigt, daß sie lieber Unterstützung bestehen, als ihren Lebensunterhalt durch ihre Hände Arbeit zu verdienen. Wie es in Wirklichkeit aussieht, zeigt folgender Vorfall: In den Deutschen Hingewerkswerken Großschöder waren vor einigen Tagen keine Kohlen mehr vorhanden.

Polsterverbindung mit Sibirien.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß die seit längerer Zeit unterbrochene Polsterverbindung mit den deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien durch die Bemühungen des amerikanischen Roten Kreuzes in Washington wieder hergestellt ist.

Am den Kriegsgefangenen (Name) (Genauie Adresse) via Kriegsgefangenenhilfe des Christlichen Vereins junger Männer, Bern, Effingerstraße 10, Schweiz.

Beißrecht.*

Von August Strindberg.

Ein schöner Haselstrauch stand im Hof. Die Rüsse waren reif, als ein Eichhörnchen daherkam, eines strauchenden Augusttages.

— Dies ist mein Haselbusch, sagte es zu sich selbst und sprang auf einen Zweig hinauf, um seine Zähne an den lederen Früchten zu prüfen.

— Fort von hier, du Dieb! war eine schwache Stimme aus dem Innern des Busches zu hören.

— Wer da? rief das Eichhörnchen und guckte bald hierin, bald dorthin.

— Schließlich hatte es am Fuße des Strauches eine Haselmaus entdeckt.

— Wirst du deinen Weg trotten und meine Rüsse in Frieden lassen, nahm die Haselmaus wieder das Wort.

— Deine Rüsse, grinst das Eichhörnchen und machte sich, was es nur konnte, über die Rüsse her, ohne sich zu genieren.

— Laß sein, Dieb du!

— Mit welchem Recht, wenn ich fragen darf, achzt dieser Busch dir?

— Kraft des jus primi venientis, kraft des Rechts des Zuerst-kommenden, wenn du es so willst.

— Sehr gut, mein Herr, und ich eigne mir ihn an, kraft des jus primi occupantis, kraft des Rechts des zuerst in Besitz Nehmen-den. Gewalt gibt vor Recht. Ich bin der Stärkere, also habe ich den Vorrang vor dir, nicht du!

— Was hab ich dir da zu tun? plapperte der Eichelhäher, durch den Darm herbeigelockt. Laß meine Rüsse sein, sonst laßt du mal sehen.

— Entschuldigen Sie, mein Herr, antwortete das Eichhörnchen sofort, aber ich habe eben diesen Busch entdeckt.

— Doch du meinst Busch entdeckt hast, glaube ich schon, aber mit welchem Recht hast du dich seiner bemächtigt?

— Ich habe ihn genommen, kraft des . . .

— Du hast ihn ganz einfach genommen. Und nun komme ich und nehme ihn wieder.

Am selben Augenblick, wie der Eichelhäher auf das Eichhörnchen losstürzen will, fällt ein dichter Steinregen auf die Streitenden nieder, die sich schleunigst aus dem Staube machen.

* Aus dem „Märchen und Fabeln“. München bei Georg Müller.

— Solche Rader, schrien die Jungen, die zum Müllsammeln hergekommen waren; jetzt kriegen sie nichts für ihre Mühe.

— Und die Jungen gingen an, die Rüsse in ihre Mägen zu pflücken.

— Ich glaube, man veranlagt sich da hinter den Büschen, brummt der Pächter, der jetzt den Schauspiel beträt. Erlaubt, ihr Herren Diebe, daß ich euch bei den Ohren nehme, auf daß eure An-sichten über das private Beißrecht nicht auf Arzenei geraten.

— Schöne Zeiten, die, unterbrach ihn der Korporal, der mit der Patrouille daherkam, und zog seinen Säbel, gerade wie wir sie zu den Maschinen gebrauchen.

— Halt, wandte der Pächter ein.

— Sind Sie etwa der Eigentümer? fragte der Korporal. Nein, das sind Sie nicht! Halten Sie also den Mund!

— Aber ich bin der Pächter.

— Nun also! Sie haben selbst nicht das Recht, diesen Hasel-busch abzuschneiden, aber ich habe es.

— Sollten die Gesetze über das Beißrecht vielleicht aufgehoben sein? fragte der Pächter.

— Für dieses Mal, mein guter Mann; unter den Waffen schweigen die Gesetze; wenn Sie mich zum Eigentümer begleiten wollen, will ich ihm die Requisitionsborder zeigen. Hier ist sie.

— Sie gehen; doch kaum sind Sie fort, als ein Eisenbahnvermesser an der Spitze eines Trupps Arbeiter erscheint.

— Er stellt seine Wasserwaage auf, macht Berechnungen, nimmt Visier, schreibt Notizen und verteilt die Arbeiter.

— Haut den Busch dort fort, um damit anzufangen, sagt er. Gefant, getan.

— Mit welchem Recht unterstehen Sie sich, Waldsireve zu ver-üben? fragt der Eigentümer, der auf den Platz gekommen ist.

— Kraft des Enteignungsgesetzes.

— Gut, mein Herr. Bitte.

— Und der Eigentümer geht, mit dieser Erklärung zufrieden.

— Gesehlicher Eingriff ins private Eigentumsrecht, sagt der Korporal.

— Mit dem Recht des Zukünftigen, bricht der Pächter aus.

— Jetzt wollen wir uns begeben, die Rüsse zu enteignen, mur-meln die Jungen.

— Ich mache Requisition, plappert der Eichelhäher.

— Kommt mir jetzt und laßt, daß es ein Beißrecht gibt, piept die Haselmaus.

Zeitbetrachtung.*

Zum Teufel geht die alte Welt, Alles wird auf den Kopf gestellt, Bankrott und Kredit erstirzt, Der Stuhl unter unserem Hintern gewittert.

Indessen, wenn ich's recht beseh' und das betrachte, was mir blieb Von allem, was mir ehemals lieb: Mond in der Nacht, Wind auf dem See, Sommerwolken und Bäume, Und nachts die vorreflechten Träume, Regentage und Herbstmorgenrost, Alte Städtchen in ihrem rotbraunen Kost, Trinkende Uferde, spielende Kinder, Kägel im Baum und grasende Kinder — Es ist alles noch da, Und das Pflückerliche, was in der Welt geschah, Weht uns, offen gestanden, nicht so nah Wie die Sonne und der liebe Wind, Die zum Glück noch vorhanden sind.

Wie gut, daß die alte Sonne noch scheint, Die Wolken schatten, der Regen weint, Und daß ich alter Kerl in meinem Sinn Noch immer ein Kind und voll Neugier auf's Leben bin!

Kleine Chronik.

17. Gewandhaus-Kongert. Die Parbade eines Wagnerabends an dieser Stelle findet leider ihre Rechtfertigung durch den be-geltesten Zustand eines Publikums, dem das Vorführen heraus-gerissener Bruchstücke aus den Werken seines Meisters anscheinend noch lieber ist als der organische Genuß eines seiner Musikdramen. Hierin offenbart sich der Popovouri-Geist, dem es keineswegs auf das künstlerische Erlebnis, sondern auf die Nervensensation ankommt. Oberdrein war die Auswahl der Bruchstücke ganz unter dem Gesichtspunkt des bekannten Erlösungssimmels erfolgt, und der breitesten Raum nahm natürlich der Kasstratenummel des Parsifal.

* Mit diesem mutvollen Gedicht hebt Hermann Hesse, einer der verschwindend seltenen deutschen Dichter, die sich im Kriege nicht blamiert haben, das Niveau des Simplicissimus.

Lebensmittellisten für Sonnabend, den 15. Februar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Unter: Pöster Tag — abzugeben Landesfest-...
Ausgabe. Fleisch: bestellt mit Fleischmarken Y 1-10 (150 Gramm Fleisch)...

Für Händler.

Margarine für Bäckereien: Pöster Tag der Warenentnahme, Rosauerstraße 11/13, durch die Margarineverkaufsstellen.
Warme: Pöster Tag der Warenentnahme durch die Klein-...
händler in den sechs Lagerstellen.

Lebensmittel sind vorhanden. Einer Frau, verw. Dr. S. aus Leipzig, wurden auf der Heimfahrt in Merchau 18 Stück Butter, 14 Pfund Quark, 10 Pfund Erbsen, 18 Pfund Grieß, 3 Flaschen Magermilch und 2 Bournbröte abgenommen. Bei den Erzeugern sind Nahrungsmittel; sie werden nur zurückgehalten und an Zahlungs-...
fähige zu Bucherpreisen abgegeben.

Scharfe Maßnahmen gegen die Holzdiebstähle in den städtischen Waldungen kündigt eine Bekanntmachung des Polizeiamts und A. und S.-Rates im amtlichen Teile unseres Blattes an, auf die wir verweisen.

Verkauf städtischen Holzes. Knüppelholz kann noch auf dem städtischen Bauhof, L-Thonders, Dauthestraße, zum Preise von 7 Mk. für den Reinertrag abgegeben werden. Gutscheine können auf der Oris-...
lohlenstraße, Dittiching 3 E, von 8-2 Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr, oder auf dem Bauhof, von 9-12 Uhr und nachm. 2-4 Uhr, gegen Bezahlung entnommen werden.

Soldatenbriefe. Da die „Feldpost“ seit dem 1. Februar aufgehoben ist, müssen Soldaten ihre Briefe frankieren. Die Angehörigen haben Posttreue. Sie müssen aber die Befehle mit der Aufschrift versehen: „Soldatenbrief! Eigene Angelegenheit des Empfängers!“ Auch dürfen solche Briefe nur an noch nicht entlassene Soldaten gerichtet werden. Der alte Post sollte befreit, und es sollte auch den Soldaten Postfreiheit gewährt werden.

Die Firma Althoff macht uns darauf aufmerksam, daß der Schluß ihres Ufers lautet: „Ich mache hiermit bekannt, daß ich jeden, der seine Kollegen aus diesem Grunde im Hause beleidigt, kränkt oder beschimpft, sofort entlassen werde.“ Es ist ganz selbstverständlich, daß nur Vorgänge „im Hause“ gemeint sein können, denn außerhalb des Hauses hat die Firma ihren Angestellten nicht das mindeste zu sagen. Sie ist, das betonen wir nochmals, nicht berechtigt, Angestellte zu entlassen, die „im Hause“ ihren Kollegen ein Wort sagen, das der Firma nicht gefällt.

250 Mark Tagelohn für eine Kontoristin. Herr E. Jakobsohn, Generalbevollmächtigter des Verkehrs von Dr. J. Hansens Vibrationsmassageapparat „Mantipus“, Richard-Wagner-Platz 1, wollte eine Kontoristin „zur Ausfüllung“ engagieren. Er bot ihr 250 Mark Tagelohn. Als großmütiger Mann wollte er sogar den Sonntag bezahlen, später die Kontoristin fest anstellen und ihr auch „3-4 Zulagen“ gewähren. Die Angestellte verzichtete aber auf die Stellung. Dieses Beispiel zeigt, welche Zimmerlöhne noch gezahlt werden.

Kein Brotausfluß für das entlassene Militär? Zu unserer im Januar unter dieser Überschrift gebrachten Notiz hat der Rat folgende Ausklärung gegeben: Die Heeresentlassenen treten sofort nach ihrer Entlassung in die allgemeine Lebensmittelversorgung und erhalten auch Lebensmittelkarten, die zum Bezuge von Brotausflußmitteln berechtigen. Eine Schwierigkeit kann nur eintreten durch das hier eingesetzte Bestellverfahren, wonach es vorzuziehen ist, daß ein Heeresentlassener in die Versorgung aufgenommen wird, nachdem unmittelbar vorher die Verwendung der Karte zum Bezuge von Brotausflußmitteln abgelehrt haben. Dem Heeresentlassenen wird aber damit begegnet, daß in den Fällen, wo die Militärversorgung eine besondere Härte darstellen würde, die Kartenstelle Karten ausgibt, die für Besuchsfremde und Militärunterstützung berechnet sind. Auf solche Karten werden dann in den hierzu eingerichteten Stellen die Brotausflußmittel sofort ausgeliefert.

Die Schaffung einer unmittelbaren Straßendahnverbindung zwischen den westlichen, südlichen und östlichen Stadtteilen empfiehlt der Südbahndirektor in einer Eingabe an die Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn. Er macht den Vorschlag, die Linie von der Antonienstraße in Schleichig abgehend durch die Adelsstraße, Schleußiger Weg, Kropfprinzstraße, unter Benutzung bestehender Gleisanlagen bis zum Schloßhof, dort abweigend über den Bahndiabat in der Kaiserin-Augusta-Straße, am Völkerrichtdenkmal vorbei nach der Schönbachstraße und weiter bis zum Bahnhof Sölitzstraße zu führen. Auf diese Weise würden die durch die Stadt führenden Linien außerordentlich entlastet und die Verbindung vom Süden nach dem Osten und Westen und umgekehrt würde um mehr als die Hälfte verkürzt.

Ein Schüler-Ausschuß ist in der Oberrealschule gewählt worden. Jede Klasse von der Obersekunda bis zur Oberprima wählt einen Vertreter, und ein Lehrer führt im Ausschuss den Vorsitz.

Anochen- und Kleinfischverkauf. Schlachthof. Sonnabend, den 15. Februar, von 10-12 Uhr Nr. 27 000—bis 30 000, Ausgabe von Knochenbrüherkraft, Auslandsfleisch und Magerfleisch. Freibank I Nr. 9571-10 220, Freibank II Nr. 301-825, Rohschlächter Josef John, Nürnberger Straße, von 8-1 Uhr Nr. 301-1400 Fleischverkauf, Josef John, Leipziger-Platz.

ein. So zeigt sich deutlich, was die Bourgeoisie an Wagner — dessen Todestag solchermaßen begangen wurde — vornehmlich schätzt. Im Grunde aber erinnert diese Theaterwelt mit dem kritischen Abendmahl ebenso wie die musikalische Gedankenarbeit der Harmonika-Motive unheimlich an die Heilbarmer. In allem geht vornehmlich der Habitus des Publikums: Lebegriffe in allen Altersstufen, verblühte Frauen und verbrauchte Jungfrauen, sodas man aus Mangel an Augen- und Ohrenweide schließlich vorweilt die Frontreihen studiert. Bewundernswert bleibt die Sachlichkeit, mit der sich Nikisch auch solchen Aufgaben widmet, die doch gewiß außerhalb des formal-ästhetischen nichts Vordendes für ihn haben können. Außer Kalle, der den Amfortas, und Reinhold Gerhardt, der den Lohkes sang, wirkte Felice Wildbrunn mit; Adriano's Aris und Jolobes Liederdob liegen erkennen, daß hier wieder eine wertvolle Bühnenstimme nicht ganz mit Recht in den Konzertsaal geraten war. R. F.

Im 4. Vortrag über Volkskunst fuhr Fräulein Schütte fort, die Hausform des Bauernhauses zu behandeln. Sie zeigte diesmal als Grundform das oberdeutsche Haus in seinen Wandlungen im Schwarzwald und in Bayern. Am Schluß ihrer Ausführungen brachte sie das, was man ausschließlich zu sehen wünschte: Schmiegereien und Malereien an Wänden und Hauswänden im einzelnen. Im 5. und letzten Vortrage soll dann eines der umfangreichsten Gebiete der Volkskunst, die Trachten- und Textilkunst behandelt werden. G. S.

Städtische Theater. In der heute im Neuen Theater stattfindenden Aufführung von Mozarts Zauberflöte wird Hermann Schorr vom Stadttheater Nürnberg die Partie des Sarastro als Gast auf Anstellung singen. — In Chateaus Kaufmann von Benedig, der Sonntag, den 16. Februar, wieder in den Spielplan aufgenommen wird, spielt Dr. Paul Gerhardt vom Stadttheater in Straßburg den Schloß als zweite Gastrolle auf Anstellung von den übrigen Hauptrollen sind neu besetzt: Porzia: Käthe Wittenberg, und Jessica: Luise Preußner. Anfang 6 1/2 Uhr.

Das Konzert von Arthur und Mija Nikisch, das am 26. Februar stattfinden sollte, muß, da die Altbühne wegen Kohlenmangels nicht geeicht werden kann, auf ein späteres Datum verschoben werden. Der neue Konzerttag wird noch bekanntgegeben. — Ebenso fällt am Sonntag das Konzert von E. H. Nikisch aus, das vom Bildungs-Institut veranstaltet wurde.

von 8-1 Uhr Nr. 1501-2000, Wolf, Kleinfischer, von 9-10 Uhr Nr. 1550-1950 nur für Militär, von 10-3 Uhr Nr. 1951-2550 zum Schichtpreis. Hoffmann, Wälderstraße, von 10-12 Uhr Nr. 4700 bis 5000, von 2-8 Uhr 10 blaue Raistraten.

Nationaler Frauendienst (Löhner Straße 26). Musikausgabe von 2-4 1/2 Uhr Nr. 1009-1176.

Parteiverammlung des 12. und 13. Kreises.

Die für gestern abend von der Bezirksleitung der U. S. P. einberufenen Parteiverammlung, die zum Parteitag und zur Landeskonferenz Stellung nahm, war sehr stark besucht. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Genosse Lipinski hielt das einleitende Reserat über die politische Lage im Reich. Er wies darauf hin, daß man in den Kreisen der Arbeiterschaft über den Verlauf und das Tempo der Revolution enttäuscht sei. Diese Enttäuschung sei aber nicht am Plage. Im wesentlichen seien die Wünsche, die die Arbeiterschaft vor der Revolution hatten, befriedigt; die persönliche Freiheit sei sichergestellt, die Zensur gefallen, volle Vereins- und Versammlungsfreiheit geschaffen. Das allgemeine gleiche Wahlrecht sei erreicht, auch für die Frauen. Allerdings müsse die Durchführung mancher weiteren demokratischen Forderungen noch erkämpft werden. Auch bedeute die Erreichung der politischen Freiheit noch nicht die ökonomische Befreiung der Arbeiterschaft. Diese müsse erst in den kommenden Kämpfen gegen den Widerstand des gesamten Bürgertums erkämpft werden. Die Frage, in welchem Maße das Tempo der Revolution beschleunigt werden könne, sei eine Frage der Taktik. Unter Berufung auf Äußerungen von Engels leitete Lipinski dar, daß der kapitalistische Staat nicht mit einem Schlage zertrümmert, sondern erst nach und nach auf dem Wege organischer Entwicklung umgewandelt werden könne. Da viele Kreise der Arbeiterschaft, besonders die vielen Millionen der Frontsoldaten und Frauen, politisch nicht genügend aufklärt gewesen seien, sei es unendlich gewesen, die Revolution voll auszuführen. Deshalb bleibe kein anderer Weg, als nach und nach den alten Staat abzubauen und den neuen sozialistischen aufzubauen. Die Sozialisten hätten nicht von heute auf morgen erfolgen, da man es in Deutschland nicht nur mit Großbetrieben der hochentwickelten Industrie, sondern auch noch mit handwerklichen Betrieben und der Heimindustrie zu tun habe. Auf die Stellung der einzelnen Parteiorganisationen zur Sozialisierungsfrage eingehend, wies der Redner darauf hin, daß sich die Mehrheitssozialisten mit ihrem jetzt veröffentlichten Regierungsprogramm vollständig auf den Boden stellten, den die bürgerlichen Demokraten im Wahlkampf einnahmen. Ganz wie die bürgerlichen Demokraten forderten sie jetzt nur die Vergesellschaftung der Bergwerke und der Energiequellen, ebenso verlangten sie die Verneuerung des Kleinbäuerlichen Besitzes. In Sachen, wo 80 Prozent der Wähler für die Sozialdemokratie stimmten, wollten sie die bürgerlichen in die Regierung aufnehmen. Mit diesen könne man aber die Sozialisierung nicht durchführen. Es sei aber auch nicht möglich, die Sozialisierung der Produktion sofort, mit einem Male durchzuführen, wie die Kommunisten und Spartaisten es wollten. Die U. S. P. müsse sich auf den Standpunkt stellen, daß die Sozialisierung nur auf dem Wege der organischen Entwicklung erreicht werden könne. Bei der Durchführung des Verwandlungsprozesses falle den Arbeiterräten eine sehr wichtige Rolle zu. Neben der Taktik werde es besonders die Frage der Einigkeit der Arbeiterschaft sein, die den Parteitag beschäftigen werde. Nach dem Ersurter Programm sei es die Aufgabe der Sozialdemokraten, den Klassenkampf des Proletariats zu einem einheitlichen und bewussten zu gestalten. Dieses Bewußtsein habe aber bei dem einen Teil der Arbeiterschaft noch nicht Boden gefaßt, wie das Hinneigen zum Bürgertum zeige. Man sei also im Handeln und Denken noch nicht einig, und damit fehle die Voraussetzung für die Vereinigung. Die Zeit dazu sei noch nicht gekommen. Den kommenden Kongressen stehe die Aufgabe zu, über alle diese Fragen Klarheit zu schaffen, die Partei zu stärken und ihr die Richtung für die Zukunft zu weisen. (Beifall.)

Die Debatte eröffnete Genosse Liebmann. Er betonte, daß er mit manchem, was Lipinski ausgesprochen habe, nicht einverstanden sei. Es sei falsch, wenn Lipinski sage, die Arbeiterschaft habe gewissermaßen keinen Grund zur Unzufriedenheit. Die Arbeiterschaft habe den Kampf um die politische Macht und zugleich um die ökonomische Befreiung geführt. In der Arbeiterschaft sei auch der Wille zur vollständigen Befreiung des alten Staates keineswegs geschwunden. Im Gegenteil zeige er sich jetzt viel stärker, wie z. B. die allseitige Aufregung gegen die Verordnung über die Kommandogewalt beweise. Die Parole: Aufbruch der U. und S.-Räte finde überall starken Anklang. Schlimm wäre es bestellt, wenn die Auffassungen Lipinski über das Tempo der Sozialisierung die Auffassung der Partei widersäßen. Sollten wir mit der Sozialisierung erst beginnen, wenn alle Kleinbetriebe verschwunden sind, so müßten wir bis zum St. Nimmerleinstag warten. (Lebhafte Zustimmung.) Auf diesem Standpunkt könne sich die Partei nicht stellen. Auch der Parteivorstand habe in seinem Aufruf eine andere Stellung eingenommen. Es sei auch falsch, wenn man sage, die Auffassung über das Tempo der Sozialisierung trenne uns von den Spartaisten. Mit ihnen seien wir vielmehr darin einig, daß die Sozialisierung so schnell wie möglich kommen müsse. Uns trennt aber die Auffassung über die Möglichkeit, durch Anwendung von Gewaltmitteln durch eine kleine Gruppe die Frage lösen zu können. Unschlüssig die Taktik trennt uns von Spartaisten. Die Notarbeite ist für die Spartaisten, aber nur ein kleiner Teil der Arbeiter werde für die Spartaisten und den Terror zu haben sein. Millionen um seine Fahne zu sammeln, wie es die rote Fahne erwünscht habe, werde dem Spartaisten nicht gelin en. Das Gesamtprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei müsse fordern: Sofortige Befreiung der alten militärischen Gewalttätigkeit und sofortige Ausräumung der Sozialisierung. Der Arbeiterschaft aber müsse klargemacht werden, daß ihre ökonomische Befreiung in hartem Kampf errungen werden muß. Die Betriebsräte, denen dabei große Aufgaben zufallen, müßten durch den entschlossenen Willen der Regierung geschützt werden. Jetzt tue freilich die Regierung das Gegenteil, sie baue das alte System wieder auf. Damit arbeite sie wirksam für und. Ihr ferneres Wirken für die Schaffung des Arbeitsanhangs, des Steuerprogramms usw. werde den Arbeitern, die jetzt noch den Regierungssozialisten nachlaufen, ebenfalls die Augen öffnen. Sider sei, daß die Regierung, vereint mit dem Bürgertum, die ihr gestellten Aufgaben nicht im Interesse der Arbeiter lösen könne. Dann werde sich die Waffe der U. S. P. wenden, vorausgesetzt, daß diese klug genug sei, eine klare, grundsätzliche Politik zu treiben. (Zustimmung.) Manches sei bisher verkannt worden. Eine klare Stellungnahme habe gefehlt. Um so notwendiger sei es jetzt, eine klare Parole im angegebenen Sinne zu schaffen. Selbst bürgerliche Volkswirtschaftler gesehen zu, daß die Lage für die Sozialisierung nicht günstiger sein könne, als gerade jetzt. Die Sozialisierung werde vielleicht eher kommen, als mancher glaube. In der kommenden Periode müsse die U. S. P. die bewußte Trägerin der Revolution sein. Dafür müsse der Parteitag sorgen. (Beifall.)

Genosse Böttcher führte aus, die Parteiverammlung brennte darauf, eine klare, zielbewusste Politik der U. S. P. festgelegt zu sehen. Gegen Lipinski wandte er ein, daß von einer persönlichen Freiheit in Deutschland noch keine Rede sein könne, wie die Verhandlungen Rabels und Ledebours und Berliner Mitglieder des Spartaistenbundes und der U. S. P. bewiesen. Der Wille zur Revolution sei in den Massen von den Regierungssozialisten erklärt worden. Aber die wirtschaftliche und politische Entwicklung sorge dafür, daß die Rechtssozialisten rasch abwärts schiefen würden. Die U. S. P. müsse marxistisches Zentrum müsse dafür sorgen, daß das Vertrauen des Proletariats zu ihrer Politik geklärt werde. Sie habe die Pflicht, als revolutionärer Vorkämpf das Proletariat täglich zum Kampfe aufzurufen. In der U. S. P. könne jetzt jeder reden und tun, was er wolle. Es sei die höchste Zeit, daß eine Klärung geschaffen werde. Unfruchtig sei es, erst den Kapitalismus wieder stärken zu wollen, ehe man mit der Sozialisierung beginne. So stärke man nur die bürgerliche Wackelpolitik. Die Frage der Sozialisierung sei eine Wackelfrage. Dillerding habe in seinem Aktionsprogramm von der Nationalversammlung die Realisierung der Arbeiterräte gefordert,

die Nationalversammlung habe diese aber abgelehnt. Mit der Einigung der Arbeiterschaft zu erreichen, solle man in großen Betriebsversammlungen die schwebenden Fragen vom sozialistischen Standpunkt aus erörtern, dann würden die Arbeiter auf den rechten Weg geleitet werden. Die Orientierung der U. S. P. könne nur nach links erfolgen, von rechts könne sie nicht absteigern. Geschichtlich überlebt habe sich die bisherige Organisationsform. Von den Zusammenkünften im kleinen Kreise müsse man absehen und mehr vor die Öffentlichkeit treten. Es komme jetzt darauf an, die große Masse zu erfassen, ihr mehr Gelegenheit zur Meinungsäußerung und Mitarbeit zu geben. Zu verwerfen sei die Taktik des Kommunistenbundes, dort spiele das Lumpenproletariat noch eine bedeutende Rolle. Unser nächstes Ziel müsse sein, die völlige Ausschaffung des Militarismus und die Schaffung einer Volkswehr, die die Bewaffnung des Proletariats bedeute. (Beifall.)

Genosse Reimann meinte, Lipinski habe zu wenig über Zukunftsvorgaben gesprochen. Er beschwerte sich darüber, daß die Parteibureaukratie angeblich wieder die Vorschläge für die Delegierten zu den Kongressen gemacht habe. Man müsse auch diese Parteibureaukratie zum Teufel jagen. Weiter wandte er sich gegen die Leipziger Volkszeitung, die z. B. zu dem Aktionsprogramm Kautskys keine klare Stellung genommen habe. Es könne keine Rede davon sein, daß man nach dem kautskyschen Vorschlag die Kapitalisten bei der Sozialisierung entschädige. Die Arbeiterschaft dürfe nicht von der Nationalversammlung ihr Heil erwarten, sondern müsse die Macht der Arbeiter- und Betriebsräte stärken.

Genosse Palenz weist darauf hin, daß auch die Abgeordneten der U. S. P. die Kriegskredite nicht prinzipiell abgelehnt hätten, sondern nur weil sie mit der Politik der alten Regierung nicht einverstanden gewesen seien. Wenn die Leipziger Volkszeitung die Mehrheitssozialisten auf zurede und sich davon einen Erfolg verspreche, so zeige sie, daß sie das marxistische Denken verlernt habe. Die Vertreter der U. S. P. hätten sofort wieder aus der Regierung auscheiden müssen, als sie sahen, daß ein Zusammenarbeiten mit den Regierungssozialisten im Interesse der Revolution nicht möglich war. Da sie das nicht getan hätten, sei die U. S. P. mitverantwortlich für alle Taten dieser Regierung. Wir sollten uns auf den Standpunkt der kommunistischen Partei stellen, wer keine Arbeit leiste, solle auch keine politischen Rechte haben. Redner meint zum Schluß, die Auffassung der U. S. P. sei nicht mehr aufzubauen. Er stellt den Antrag, die U. S. P. solle sich mit der kommunistischen Partei vereinigen und sich zu deren Grundrissen bekennen. (Zeitweiser Beifall.)

Genosse Prager entgegnete, daß man nach der Berliner Spartaistenwoche nicht den Eindruck haben konnte, daß dem Spartaistenbund die Zukunft gehöre. Gegenüber Lipinski bemerkte er, daß auch die Novemberrevolution der Ausbruch einer Entwicklung gewesen sei. Es sei damals zusammengebrochen, was dazu reif war. Redner verweist auf verschiedene Mängel der bestehenden U. und S.-Räte und betont, daß es notwendig sei, sie erst zu wirklich revolutionären Instrumenten umzugestalten. Wenn man der U. S. P. Unklarheit vorwerfe, so müsse man berücksichtigen, daß die Organisation noch nicht durchgebildet sei. Sie bilde die Zusammenfassung der alten Opposition und setze sich aus Elementen zusammen, die seinerzeit aus den verschiedensten Gründen in die Opposition getreten seien. Aufgabe des Parteitags sei es, nun erst die notwendige Klarheit zu schaffen. Im Gegensatz zu Lipinski müsse man betonen, daß unser Ziel nicht die Sozialismus gewesen sei. In dieser Hinsicht sei aber noch so viel wie nichts erreicht. In einer ganzen Reihe von Industrien sei durch die ökonomische Entwicklung die Sozialisierung bereits vorbereitet, in der Berg- und Hüttenindustrie, in der Elektrizitätsindustrie, im Versicherungswesen usw. In der organischen Entwicklung, die nach Lipinski erst kommen soll, können wir längst mitten drin. Redner wandte sich dann in seinen weiteren Ausführungen gegen die Kommunisten, die schematisch die ganz anders gearteten russischen Verhältnisse auf Deutschland übertragen wollen (Beifall). Der Vorschlag, Genosse Althoffers, schlug hierauf die Vertagung der Versammlung vor. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Sächsische Angelegenheiten.

Sachsen-Bayern.

Im Verlaufe der vorigen Woche fanden zwischen sächsischen und bayerischen Regierungsvertretern in München Verhandlungen über Kohlen- und Ernährungsvorgaben statt. Über den Verlauf der Verhandlungen wird berichtet:

Die bayerische Regierung war vor einigen Wochen in direkte Verhandlungen mit sächsischen Bergarbeitern getreten, um zu ermitteln, daß die Zufuhr von Kohle aus Sachsen nach Bayern eine bessere würde. Diese Verhandlungen der bayerischen Regierung mit sächsischen Bergarbeitern sind auf einen Schriftwechsel zurückzuführen, der zwischen sächsischen Bergarbeitern und der bayerischen Regierung stattgefunden hat. Den sächsischen Bergarbeitern bzw. deren Organisationen wurden von der bayerischen Regierung Versprechungen gemacht, daß Zuwendungen von Lebensmitteln an die sächsischen Bergarbeiter stattfinden sollten, um dadurch eine Produktionssteigerung ermöglichen zu können.

Bevor die Vertreter der sächsischen Regierung mit der bayerischen Regierung verhandeln, nahmen sie Veranlassung, mit den Bergarbeitern über die ganze Wirtschaftslage selbst Rücksprache zu nehmen. Den Bergarbeitern wurde dabei erklärt, daß, wenn den Bergarbeitern weitere Zulagen in Aussicht gestellt werden sollten, dies nur auf Kosten der Allgemeinversorgung möglich wäre. Es müsse weiter damit gerechnet werden, daß dem Reichse nachbrunnd an die sächsischen Bergarbeitern von der bayerischen Regierung übermittelten Lebensmittel auf die Gesamtversorgung Sachsen anzurechnen würden. Selbst wenn in Ausnahmefällen dies verhindert werden könne, würde doch der Teil der sächsischen Arbeiterschaft, der den Bergarbeitern gleichsamere Arbeit zu verrichten hat, nicht verstehen können, daß nur die Bergarbeiter mit Sonderzulagen versorgt würden. Die Vertreter der Bergarbeiter erklärten, daß ihnen zwar an möglichst hohen Lebensmittelpreisen gelegen sei, sie aber keinesfalls wünschten, daß dies auf Kosten der Allgemeinversorgung geschehe.

Die Vertreter der sächsischen Regierung erklärten der bayerischen Regierung, daß die Kohlennot in Sachsen mindestens so groß sei als in Bayern selbst. Der Wirtschaftsminister Schwarz wies nach, wie stark die Kohlenproduktion in Sachsen selbst zurückgegangen und daß die Einfuhr sächsischer Kohle nach Sachsen geradezu katastrophal zurückgegangen sei. In Bayern läge noch der Wandel vorzuherrschend, daß Sachsen in Bezug auf Kohle Lieferunfähig sei, während doch tatsächlich Sachsen in normalen Zeiten kaum 50 Prozent der Kohle erzeugte, die es zu seinem Bedarfs benötige. Es wäre unmöglich, den Bayern erhöhte Zulagen aus Sachsen zu versprechen, da sonst das gesamte wirtschaftliche Leben Sachsen aus allerbedenkliche bedroht sei. Die bayerische Regierung wies nach, daß selbst die Nahrungsmittel-Industrie in Bayern infolge Kohlenmangels ins Stocken gerate, und natürlich dadurch die Zufuhr von Nahrungsmitteln nach nichtbayerischen Staaten unmöglich würde. Die allgemeine Industrie Bayerns liege vor dem Zusammenbruch. In München allein betrage die Zahl der Arbeitslosen 24 000. Wenn Sachsen nicht in der Lage sei, mehr Kohlen liefern zu können, dann wäre Bayern beim besten Willen nicht imstande, Lebensmittel über die ihm vom Reich zuertheilten Pflanzlieferungen hinaus ausführen zu können.

Einverständnis wurde zwischen beiden Regierungen dahingehend erzielt, daß direkte Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und den sächsischen Bergarbeitern nicht mehr geführt, sondern all' diese Fragen über das Arbeits- und Wirtschaftsministerium geleitet werden sollen. Die Bayern wollen trotz aller Schwierigkeiten den Versuch unternehmen, für die sächsischen Bergarbeiter ab und zu Sonderlieferungen zu ermöglichen, um dadurch die allgemeine Produktionssteigerung fördern zu helfen. Allerdings wünsche Bayern, daß auch Sachsen die ihm von der Reichszentrale übertragenen Pflanzlieferungen nach Bayern innehalte. Die sächsischen Regierungsvertreter erklärten, daß sie selbstverständlich Bayern nicht von Kohle abverleihen würden und daß sie auch die Pflanzlieferungen nach Möglichkeit innehalten würden. An dem allgemeinen Mangel der Kohlenförderung müsse allerdings auch Bayern partizipieren.

Ein Offiziersstreik.

Der sächsische Offiziersbund, dessen Absicht, die allen militärischen Machtsverhältnisse wieder herbeizuführen, immer einseitiger wird, versucht, die Sanitätsoffiziere zu einem Streik aufzubeugen. In einem im Namen des Ausschusses vom Oberstleutnant Dr. Lehmann unterzeichneten Schreiben an die Vertrauensmänner wird mitgeteilt, daß der Offiziersbund „Infolge der Vorgänge zwischen Offizierskorps und Soldatenräten in Wirma, Beithahn, Meisa und Olschag“ an die Vereinigung der Sanitätsoffiziere die Aufforderung gerichtet hat, „zu veranlassen, daß die Sanitätsoffiziere ihren Kampf durch eventuelle Arbeitseinstellung unterstützen“.

Die angezeigten Vorgänge zwischen Offizierskorps und Soldatenräten in Wirma, Meisa usw. sind lediglich zurückzuführen auf die gegenrevolutionären Bestrebungen der Offiziere und auf das unqualifizierbare Verhalten einiger der Herren gegenüber den S.-Mätern. Aber diese Vorgänge sind auch nur vorgegaukelt. In Wirklichkeit handelt es sich eben nur um einen neuen Versuch, die Machtbefugnisse unter allen Umständen zu erweitern. Dabei sprechen die Offiziere auch vor dem Mittel des Streiks nicht zurück, der gerade von ihnen immer als unbillig und unmoralisch verurteilt wurde, natürlich nur wenn sie die Arbeiter anwenden. Alle stillen und moralischen Bedenken verschwinden, wenn ihre eigenen eingebildeten Interessen in Frage kommen, und selbst dann, wenn, wie im vorliegenden Falle, dadurch nicht nur das Wohl und Wehe tausender blutsbedürftiger Kranker, sondern auch die gesamte Volksgesundheit gefährdet ist. Bisherig wirkt es, wenn die Dresdener Volkszeitung droht: „Aber die Herren mögen sich nicht täuschen. Ihr Beginnen kann nur dazu beitragen, die Stellung der Soldaten zu den Offizieren aufs äußerste zu verschärfen und auch die Verdorbenheit gegen sie aufzubringen.“ Wüßig bedauern, weil es gerade die Mehrheitssozialisten sind, die die Macht der U.- und S.-Räte schamlos zu vergrößern, und dadurch den Uebermut und das Machtbewußtsein der gegenrevolutionären Elemente im Offizierskorps steigern und stärken.

Demokratie und Beamtenchaft.

Unter dieser Spitzmarke berichteten wir am 1. Februar über einen Vorgang bei den Wahlen eines Beamtensrates des Postamtes in Leipzig, der zeigte, wie versucht wird, auch nach der Revolution die Bevormundung und unbedingte Unterordnung der unteren und mittleren Beamten weiterzuführen. Herr Postsekretär Biermann aus Leipzig, der nach jener Ansicht versucht haben sollte, einen Druck auf die Beamten auszuüben, sendet uns jetzt folgende Zeilen: „Der Inhalt der in der Leipziger Volkszeitung vom 1. Februar Nr. 28 veröffentlichten Aufschrift aus Leipzig, betitelt: Demokratie und Beamtenchaft entspricht, soweit meine Person als Vorsitzender des Beamtens- und Arbeiterausschusses für den Bezirk Leipzig in Frage kommt, nicht den Tatsachen. Wichtig ist, daß der Ausschuss, der sich aus Vertretern des Ausschusses der unteren, mittleren und höheren Beamten und Beamtinnen zusammensetzt, im Einverständnis mit den Beauftragten des U.- und S.-Rates bei der O.-V.-D. eine Wahlvorschrift erlassen hat, nach der die einzelnen Beamtensgruppen die Wahl ihrer Vertreter zu den örtlichen Ausschüssen getrennt vorzunehmen haben, damit auch tatsächlich jede Kategorie der Beamten und der Postangestellten eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung besitzt, um ihre beruflichen Interessen vertreten zu können. Das Wahlrecht zu den Ausschüssen ist gleich und geheim, von einem Klassenwahlrecht kann mithin nicht gesprochen werden. Nach dieser durchaus demokratischen Wahlvorschrift sind auch in Leipzig die Wahlen zum örtlichen Beamtens- und Arbeiterausschuss vorgenommen worden.“

Es handelt sich nicht um die Wahlbestimmungen, sondern um ihre Handhabung. Jedenfalls betreibt Herr Biermann nicht, daß er selbst von Leipzig aus telefonisch eingegriffen hat, um die Entscheidung der Versammlung zu hindern, und daß von der Oberpostdirektion gegen einen Beamten, der es wagte, eine eigene Meinung zu haben, ein Verfahren eingeleitet worden ist. Und darauf kommt es an.

Der Dresdner U.- und S.-Rat zur Erwerbslosenfürsorge.

Der Dresdner U.- und S.-Rat nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zur Erwerbslosenfürsorge. Nach Mitteilungen des Referenten waren bis letzten Montag beim Zentralarbeitsnachweis in Dresden 20 000 Arbeitslose gemeldet, wozu in den Vorortgemeinden noch weitere 5000 kämen, so daß mit insgesamt 25 000 Arbeitslosen zu rechnen ist. Diese Zahl, die nur die gewerblichen Arbeiter umfaßt, steigt zwar langsam, aber stetig, und in den nächsten Wochen sei mit einer noch größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Zahl der Stellenlosen kaufmännischen und technischen Angestellten betrug Anfang dieser Woche 2704. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der U.- und S.-Rat zu Dresden nimmt zur Frage der Arbeitslosenunterstützung die Stellung ein, daß die Zahlungen der Erwerbslosenfürsorge den Erwerbslosen gegenüber in der toleranteren Weise zur Anwendung kommen müssen. Die Prüfung der Frage der Bedürftigkeit darf nicht den Charakter des Almosengebens als Grundlage haben. Bei Arbeitsvermittlungen muß die Entlohnung für die zu leistende Arbeit ausreichend sein, und darf bei niedrigen Entlohnungen oder anderen ungünstigen Umständen die Entscheidung der Unterstützung nicht eintreten. Weiter soll in großzügiger Weise die Arbeitslosigkeit durch Inangriffnahme von Nothstandarbeiten durch Staat und Gemeinden entgegengezwungen werden. Die möglichen Zustände sollen Veranlassung nehmen, durch Verflämung und Verordnungen Arbeitsbeschränkungen für die gesamte Industrie festzulegen, um weitere Arbeitslosigkeit zu unterbinden. Zugleich soll für die Beschaffung von Nothstoffen und Heizungsmaterial mit Beschleunigung gewirkt werden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Gemeindevertreter-Konferenz für Leipzig-Land.

Sonntag, den 16. Februar 1910, vormittags 9 Uhr, findet im Volkshaus (Café) eine Gemeindevertreter-Konferenz statt. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist unbedingt Pflicht. Die vom Arbeiterrat der Amtshauptmannschaft Leipzig übermittelten Fragebogen sind sofort auszufüllen und an den Arbeiterrat der Amtshauptmannschaft einzusenden. Der Ausweis als Gemeindevertreter ist vom Gemeindevorstand oder vom Ortsverein ausstellen zu lassen.

Der Arbeiterrat der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Engelsdorf. Steinkohlen-Verkauf. Sonnabend, den 15. Februar, von vormittags 8 Uhr an, Verkauf von Steinkohlen bei Schönbad, Lindenstr. 1. Ein Zentner kostet 4,30 Mk. Beliefert werden die weißen Kohlenausweiskarten 1-100, und zwar Nr. 1-40 von 8-9 Uhr, 41-80 von 9-10 Uhr, 81-120 von 10-11 Uhr und 121-160 von 11-12 Uhr.

Leipzig. Von Sonnabend ab Verteilung von 1/2 Pfund Margarine für 20 Pfg. und 1/2 Pfund Kunsthonig für 40 Pfg. auf Feld 20 der Warenausweiskarte. Für Margarine ist außerdem noch Abschnitt Y der Landesweiskarte herzugeben.

Raunhof. Lebensmittellisten. Die Ausgabe der Brot-, Fleisch- und Zuckerkarten findet am Sonnabend im Rathaus statt und zwar von 8-10 Uhr für die Bewohner der Badergasse, Bahnhofstr., Bismarckstr., Gölitzstr., Großsteinberger Str., Kellers-Wilhelm-Str., Klingner Str., Lutherstr., Markt, Melanchthonstr., Mollstr., Mühlgasse, von 10-12 Uhr Gärtenstr., Lange Str., Nordstr., Oststr., Partschstr., Schillerstr., Schloßstr., Schulstr., Wiesenstr., von 12-3 Uhr Brandler Str., Breite Str., Grimmaer Str., Hainstr., König-Albert-Str., Körnerstr., Kurze Str., Leipziger Str., Waldstr., Wasserwerk 11, Meißner Str., Wurmner Str. selbständiger Ortsbezirk Staatsforstrevier Raunhof. Vorherige oder nachträgliche Abholung kann nicht stattfinden.

Gaulitz. Lebensmittellisten. Am Sonnabend kommt zum Verkauf: Margarine 1/2 Pfund 20 Pfg., Gerstengraben 100 g 9 Pfg., Dörrrotz 1/2 Pfund 1,55 Mk., Krabbenfleisch in Gelee 1 Dose 3,60 Mk., Lebkuchentext 1 Paket 82 Pfg., Händbinder 1 Schachtel 12 Pfg., Grieß 1/2 Pfund 24 Pfg., Kindergerstentext 1 Paket 40 Pfg. Auf je zwei Einwohner ein Paket Lebkuchentext. Grieß und Kindergerstentext wird für die Kinder, die nach dem 15. September 1914 und vor dem 1. August 1917 geboren sind, ausgesetzt. Auf Werbeserolatwurf 1 Pfund 8,40 Mk., nehmen die Kaufleute Bestellungen entgegen. Sauerkraut, 1 Pfund 82 Pfg., ist jederzeit zu haben.

Wahren. Lebensmittellisten. Für nächsten Mittwoch kommen 200 Gramm Kunsthonig auf Nr. 6 zum Preise von 40 Pfg. und auf Nr. 7 der Ausweiskarte 1/2 Paket Zwieback zum Preise von 21 Pfg. Die vorgenannten Nummern müssen bis spätestens Sonnabend in den bekannten Verkaufsstellen abgeholt sein. In der Filiale des Konsumvereins L.-Platz 17 wird am Sonnabend 200 Gramm Öl zum Preise von 1,20 Mk. abgegeben, und zwar vormittags 8-11 Uhr die Nummern 1200-1600 und nachmittags 2-6 Uhr die Nummern 1601 bis Schluß.

Zwenkau. In seiner Erinnerung auf den Versammlungsbericht von den Mehrheitssozialisten gerät Herr Vintau in der „Freien Presse“ in einen Ton, den wir vor dem Krieg nur vom Reichsoberhand zur Verhöhnung der Sozialdemokratie gewohnt waren. Er bedauert sich auch dabei mit meiner Person. Ich erwidere darauf Folgendes: Wenn Herr Vintau befreit, die Dresdner Vorgänge unrichtig dargestellt zu haben; wenn er befreit, daß er auf meine Ausführungen über die Jullirevolution, den Breslauer Frieden überhaupt nicht geantwortet hat, daß er sich lediglich darauf beschränkte, an Hand von

Zitaten zu beweisen, daß das Verhalten am 4. August 1914 richtig war (was von mir gar nicht bestritten wurde, da meine Kritik sich ja lediglich auf die Zeit nach der Spaltung bezog), wenn er weiter befreit, daß er, um seine Beweise zu kräftigen, die Leipziger Volkszeitung zitierte und dabei die Chemnitzer Volksstimme in den Händen hielt, was mir nicht nur der Verdacht flattert, sondern der größte Teil der Besucher an den vorderen Tischen bemerkt hatte, wenn er befreit, daß am Schluß der Verhandlung, trotz seiner gegenständlichen Versicherung, sich die Chemnitzer Volksstimme zwischen seinen Notizen vorband, dann erwies ich dem Herrn Vintau die mir am Schluß seines Artikels zugedachte Eigenschaft zu geistlichem Selbstgebrauch.

Zwenkau. Die Amtshauptmannschaft hat die Bäckerei von Mehner gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung vom 20. Mai 1918 bis auf weiteres geschlossen.

Schleusitz. Die Auszahlung der Familien-Unterstützungen für die zweite Hälfte des Monats Februar erfolgt am Montag, dem 17. Februar, vormittags 8 Uhr.

Kohlschbar. Der Gemeinderat beschließt nach der am 5. Febr. stattgefundenen Wahl aus 7 Unabhängigen und 2 bürgerlichen Vertretern. In der ersten Sitzung wurde beschlossen, die alten höheren Sätze der Erwerbslosenunterstützung vorläufig weiter zu zahlen. Es soll versucht werden, 1/2 erreicht zu bekommen. Der Verkauf des Werbescheines soll weiterhin durch Marken geregelt werden. Als Gemeindevorstand wurde, an Stelle des bisherigen, welcher eine Wiederwahl nicht gesundheitlicher, teils familiärer Rücksichten halber ablehnte, Herr Karl Ludwig gewählt.

Großhanna b. Merseburg. Am 8. Februar fand bei der Gewerkschaft in Großhanna die Wahl der Betriebsräte statt. Von der Gesellschaft sind Keller, Mühlberg, Engelhardt, Friedrich, Kynast, Müller und Witt, von den Beamten Kaufmann, Dahmann, Kaufmann, Kersch, Oberingenieur Kemmer, Obersteiger Schottmann gewählt. Damit ist der erste Schritt zur Sozialisierung getan, und es liegt im Interesse der Allgemeinheit, da die Profite nicht mehr einigen wenigen, sondern dem Volke zugute kommen, Vertrauen in den gewählten Betriebsräten zu haben und sie zu unterstützen. Wir wollen nicht niederkriechen, sondern aufbauen; und dazu ist in allererster Linie erforderlich, daß Beamte, Arbeiter und nicht zuletzt die Direktion Hand in Hand mit dem Betriebsrat gehen.

Aus der Partei.

Noch eine Zeitungseroberung der Reichssozialisten.

Die Bergische Arbeiterstimme in Solingen ist am Montag, dem 8. Februar, nach fast vierzehntägigem Verbot wieder erschienen. Am Kopf trägt sie einen Aufruf, in dem Jakob Knoth, Otto Seibmacher und Hugo Schaal mitteilen, daß ihnen von den britischen Behörden die ausschließliche Verantwortung für den Gesamtinhalt der Bergischen Arbeiterstimme und ihres Kopfbildes, der Bergischen Volksstimme zu Remscheid (Text und Inserate) auferlegt worden sei. Vorstand, Aufsichtsrat und Prekommission haben dazu und zu den weiteren Bedingungen einstimmig ihre Zustimmung gegeben. Diese weiteren Bedingungen lauten: Die bisherige Redaktion der Bergischen Arbeiterstimme wird entlassen. Als leitender Redakteur tritt Genosse Dr. August Erdmann ein, der die Zeitung in rein sozialdemokratischer Sinne leiten wird, mit dem Ziel, die Wiedervereinigung der sozialistischen Gruppen unter Ausschaltung des Spartausbundes und sonstiger Eigenrevolutionärer Elemente zu fördern. Der Aufruf verfährt weiter: Die paritätische Weiterbesetzung der Redaktion, des Vorstands und Aufsichtsrates und der Prekommission werde die nächste und dringende Aufgabe der Unterzeichneten sein.

Herr Hugo Schaal hat also durch sein hier geschildertes unauferred Mandat erreicht, daß die unabhängige Redaktion der Arbeiterstimme entlassen ist, und daß an ihre Stelle eine „paritätische“ Besetzung tritt. Allerdings ist Genosse August Erdmann, der der Unabhängigen Sozialdemokratie angehört, als leitender Redakteur bestellt, aber nur um Einigkeit zu machen. Genosse Erdmann täuscht sich unseres Erachtens durchaus über die Möglichkeit einer solchen Politik. Das Ergebnis wird das sein, daß den Reichssozialisten abermals ein Blatt in die Hände gespielt wird.

Die aus Königsberg geschriebenen wird, macht dort die Bewegung der U. S. D. erfreuliche Fortschritte. Seit dem 1. Februar ist es unfern Parteigenossen gelungen, ein eigenes Blatt in Königsberg zu gründen. Mit Hilfe dieser Waffe wird es uns zweifellos gelingen, den feindlichen Boden Ostpreußens erfolgreich zu bearbeiten.

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076.
Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 4-8 Uhr. Sonnabends von 8-2 Uhr

Achtung, Zementarbeiter! Sonntag, den 16. Februar, vormittags 1/2, 10 Uhr

Versammlung im Volkshaus

Tagesordnung:

- Bericht über den paritätischen Arbeitsnachweis im Baugewerbe.
- Stellungnahme zum Tarifablauf.
- Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
- Verschiedenes.

Das Erscheinen jedes Kollegen ist dringende Pflicht. Der Sektionsvorstand.

Verband der Lackierer Maler Anstreicher (Zentrale Leipzig).

Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr

General-Versammlung

im Volkshaus (Gesellschaftssaal), Zeitzer Straße.

Tagesordnung: 1. Quartals- und Jahresbericht (Neuwahl der Verwaltung); 2. Der neue Lohnsatz; 3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. — Mitgliederbücher sind am Saaleingang vorzuzeigen.

Kollegen! Ab 15. Februar 1910 beträgt der Stundenlohn 1,60 Mark laut Antragsbeschluss vom 5. Februar. Wir ersuchen, alle Tarifverträge sofort im Bureau zu melden.

Der Filialvorstand.

Erstes Leipziger Botenfuhrwerk.

Von Leipzig nach Eilenburg, Wurzen und Naunhof jede Woche. Kisten, Koffer, Säcke, Körbe, Möbelstücke usw. werden auf Hinz und Rückfahrt nach allen auf den Touren liegenden Ortschaften bei billiger Berechnung gewissenhaft befördert.

B. Göpfer, Botenfuhrmann, Selterstr., Wurzen Str. 77b, 11.

Wäsche- u. Theat.-Stoffe

in größter Auswahl
Leichtweife

Felix Sammler, Leipzig
Hainstrasse 17, II.
im Hause der U.-T.-Lichtspiele

Theaterstücke

Sumor. Vorträge
Lieder, Couplets, Gesamtspiele

Rich. Lipinski, Leipzig
Königstrasse Nr. 12.
Auf Wunsch Theaterproletate auch Auswahlsendung.

Tanzschule Artur Schubert

Telef. 40268
Hohensteile.

Beginne für Westen Leipzigs einen neuen

Anstands- u. Tanzlehr-Zirkel

am Freitag, dem 14. und Dienstag, dem 18. Februar 1910
im Gosenschloßchen

Eingang Elisabethasse und Alte Straße.

Noch weitere gefällige Anmeldungen von Damen und Herren sind baldmöglichst erwünscht.

Schachungswort
Artur Schubert, geprüfter Tanzlehrer.

Preisauflage!

I. Hauptpreis: Eine Sommerreise = Mk. 600.— bar	
1 goldene Uhr = Mk. 100.—	1 Photogr. Apparat = Mk. 40.—
1 Teppich = Mk. 70.—	1 Armbanduhr = Mk. 70.—
1 Fruchtschale	1 Standuhr
1 Gitarre	1 Opernglas

An die Leser dieser Preisauflage gelangen obige Preise gratis zur Verteilung. Sie verpflichten sich zu nichts. Der Termin der Verteilung wird bekannt gegeben, Antwort in 4 Wochen erteilt und wann der Preis zum Abholen zur Verfügung steht. Die Lösung muß in einem verschlossenen, frankierten Briefumschlag mit Angabe ihrer genauen, deutlich geschriebenen Adresse zugesandt werden. Für jede weitere gewünschte Auskunft ist für Porto, Drucksachen, Schreiblohn usw. der Lösung Rückporto beizufügen. Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß wir in unsern neuen Prospekt bekanntgeben, wer beim letzten Preisauschreiben die Preise erhalten hat, so daß sich jeder von der Richtigkeit unseres Unternehmens überzeugen kann. Schreiben Sie noch heute an

Dieterichs Verlag „Brunsviga“ Braunschweig E. Nr. 354.
Mittellungen an die Schriftleitung d. Ztg. sind zwecklos u. bleiben unberücksichtigt.

W. Martells

Herren-Frisiergeschäft

Spezialität: Haar- u. Bartfrisuren
Neuschönefeld, Konradstraße 24
gegenüb. d. Ost-Fab.

Sart-Spiritus

markenfrei
große Dose 1.52



Vertrieder

Glyzerol

3 Markierungen

Glyzerol macht das Leder weich, geschmeidig, wasserdicht

Glyzerol durchdringt das Leder, verhindert Brüchigkeit

Glyzerol gibt leitschwarzen, lackartigen Hochglanz

Glyzerol trocknet nicht ein, wird nicht hart

Glyzerol ist sparsam, weil sehr ausgiebig

Glyzerol ist aus edelstem Material hergestellt und gänzlich frei von Ublem Geruch

Chem. Fabrik Glyzerol-Gesellschaft m. b. H.
Berlin NO. 18.

Sozialdemokr. Verein für den **13. Wahlkreis** **13. März** **11. G. P. D.**

Durham Zander Str. 19, 7. l. (Vollst. Zeitung) Tel. 1005
 Expeditionszeit: Sonntags von 12 bis 1 Uhr u. 4 bis 7 Uhr.
 Sonnabends von 9 bis 11 Uhr.

Böhritz-Ehrenberg. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in der **Großen Gasse**. Vortrag des Herrn **Laube** über: **Sozialdemokratie des Grund und Bodens**. Gäste willkommen. Um zahlreichen Besuch ersucht **D. V.**

Dölzig u. Umg. Sonnabend, 15. Februar, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** bei **Arnold**. Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand**.

Eutritzsch. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in der **Säng. Halle**, W. Reimnitzstr. 10. Tagesordnung: Die Aufgaben des Parteitag und der Tagungskonferenz. Referent: **Genosse Wutke**. 2. Vereinsangelegenheiten. — Nicht zahlreicher Besuch erwartet **Der Vorstand**.

Eythra. Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Restaurant Gute Quelle**. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erwünscht **Der Vorstand**.

Gohlis. Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 Uhr, **Öffentliche Versammlung** im **Bräuerei-Nachschank Käußel & Co.**, Gohlisstr. 17. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: **Genosse Dr. Kurt Geyer**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet **Der Vorstand**.

Göbschowitz-Seehausen. Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, im **Gasthof Göbschowitz, Öffentliche Versammlung**. Tagesordnung: 1. Die politischen Ereignisse und die U. S. P. D. 2. Gründung eines **Ortsvereins für Seehausen und Umgebung**. — Untere Mitglieder in den umliegenden Dörfern werden gebeten, mit ihren Frauen und erwachsenen Kindern die Versammlung zu besuchen, um auch hier wie in anderen rein ländlichen Bezirken einen Ortsverein der U. S. P. D. zu gründen. Anmeldungen können in der Versammlung noch erfolgen. **Der Hauptvorstand für den 13. Kreis, Bezirk Leipzig, U. S. P. D.**

Holzhausen. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, **Öffentliche Versammlung** im **Sächsl. Haus**. Ernährungsfragen. — Die Frauen sind besonders eingeladen.

Kleinzschocher. Sonnabend, 15. Febr., abends 7 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in der **Ferrasse**. Tagesordnung: 1. Vortrag: Das bisherige Ergebnis der Nationalversammlung. 2. Ausprache. 3. Parteiangelegenheiten. Zahlreiches Besuch erwartet **D. V.**

Liebertwolkwitz. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, **Versammlung** im **Vereinslokal**. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Das **Ernter Programm**. Referent: **Genosse Otto Schröter**, Leipzig. 2. Gemeindefragen. 3. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Besuch erwartet **Der Vorstand**. NB. Die Vereinsversammlungen werden regelmäßig alle vier Wochen abgehalten und zwar in der Mitte des Monats.

Markranstädt. Sonnabend, 15. Febr., abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in der **Turnhalle** der **Freien Turnerschaft**, Kraufauer Straße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Stadtbauinspektors Rödiger** über: **Reinwohnbau**. 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten. — In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreichen Besuch gebeten. Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand**.

Mockau. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Vereinslokal Restaurant Lindenhof**. Erscheinen aller Mitglieder erwartet **Der Vorstand**. Die aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder sind besonders eingeladen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Die Mitgliedschaft kann in der Versammlung erworben werden.

Oetzsch-Gautzsch. Sonnabend, den 15. Febr., abends 7 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Gasthof zur Linde**, Oetzsch. Tagesordnung: 1. Rückblick und Ausblick. 2. Bericht von der U. S. P. D. in Sachsen. 3. Wahl eines Bibliothekars. 4. Verschiedenes. — Genossen und Genossinnen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung. **Der Vorstand**. Die **Bibliothek** ist von Mittwoch, den 19. Februar an, jeden Mittwoch und Sonnabend, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, geöffnet.

Paunsdorf. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Alten Gasthof (Golenstube)**. Tagesordnung: 1. Die vergangenen Wahlen (Bericht des Wahlkommissars). 2. Gemeinderatsbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Einen recht zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand**.

Rötha u. Umg. Sonnabend, 15. Februar, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Gasthof Stadt Leipzig**. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erwartet **D. V.**

Schönefeld u. Umg. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Restaurant Stadt Leipzig**. Tagesordnung: 1. Rückblick und Ausblick über die Revolution. Referent: **Genosse Franzol**. 2. Ausprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitglieder, sorgt für starken Besuch. — Zur Beachtung! Infolge Kohlenmangels bleibt die **Bibliothek** heute geschlossen. **Der Vorstand**.

Wahren. Sonnabend, 15. Februar, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** beim **Genossen Trabisch, Wirtshaus, W. Döhlstraße**. Tagesordnung: 1. Vortrag über **Sozialisierung**. 2. Ausprache. 3. Vereinsangelegenheiten. — Nicht eines jeden Sozialisten ist es, sich ein klares Bild über die Aufgaben der Revolution zu machen und alle Versammlungen zu besuchen, wo diese Aufgaben zur Diskussion stehen. Tausend Genossinnen und Genossen, sorgt auch für zahlreichen Besuch dieser Versammlung **D. V.**

Arbeiter **Heberziehung!** Schafft Euch das **Lohnbuch zu Steuerzwecken** mit feinst. prakt. Ratlinien am Preis 40 Pf., per Post 45 Pf. Nach in Viertelmarken. Verlag: **O. Wolfram** Leipzig, Steinstr. 42, I. Bernstr. 61/62, I. 30333

Vorräte in der **Leipz. Buchdruckerei N. G.** Abteilung Buchhandlung Leipzig, Tauchaer Straße 10/21 und in allen Filialen der Leipziger Verlagsanstalt.

Karl Pinkau **Photographisches Atelier** Leipzig Tauchaer Straße 9 — Telephone 981 —

Kunste-Beleuchtung Mässa-Praxis

Aufnahmest. Wochentags vorm. 10-12 Uhr abends Sonntags von 11-3 Uhr

Oswald Rudolph **Gravier-Anstalt** Kautschuk- u. Metall-**Stempel** Tür- u. Firmenschilder, Fotoaufhänge- u. Schablonen Leipzig, Zeilstr. 3, I. 1897

Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen von der **Marxrevolution bis zum Ausbruch des Nationalkrieges 1848-1849** von **Dr. Curt Geyer** Preis broschiert 3.— **Wart Leipzig Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21. Postcheckkonto Nr. 53477. Die Ausdrucker und Filialen der Verlagsanstalt nehmen Bestellungen entgegen.

Heimkehrende Krieger, Kriegsgeliebte u. Verlobte erhalten auf Teilzahlung und bar: **Komplette Schlafzimmer-, Wohnzimmer-, Speisezimmer- und Küchen-Einrichtungen** sowie **einzelne Möbel** im **Möbel-Ausstattungs-Geschäft** **N. Fuchs** Surprinzstr. 13, I. u. II., Ecke Brüderstraße.

Homöop. u. Licht-Heilinstitut R. Neugebauer atab. geb. nicht appr. Prakt., 17. an 17. Schwabe's Politt., behält. n. 30jähr. Erfahrung mit vorzüglichsten Erfolgs-**Geschlechts-, Haut-, Gicht-, Nerven-, Schwäche-, Grippe-, Nerven-, Rheumatismus-, Schind, Gicht, Magen- und Darmleiden usw.** **Frauenkrankheiten** Broich.: Weisheit der Frauen u. seine Bekämpfung gegen 1.80 Mk. in Viertelmarken. **Promenadenstr. 11, I** Sprechz. tagl. 10-12, ferner Mont., Mittw., Freitag 6-8. **Elektr. Lichtbäder** mit ultraviolet-Verkohlung geöffnet wochent. 8-12, 2-8, für Damen 10-12, 3-6 Uhr.

Metallarbeiter **Verband** Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher nach dem Verlangen entliehen werden. **Wirtschaftliche Hoffmann** Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. **Verbandsrat** Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. **Verbandsrat** Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.

Graveure. Freitag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, **Versammlung** im **Volkshaus**.

Bauschlosser. Freitag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im **Volkshaus**: **Versammlung** für alle in den Bauschlosserischen Betrieben. Tagesordnung: 1. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen; 2. Gewerkschaftsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Wertbestimmungskommission**.

Automobilschlosser und Monteure sämtlicher Autobetriebe. Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Versammlung** im **Volkshaus**. Tagesordnung: 1. Fortsetzung des Beschlusses über die Lohnverhandlungen; 2. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig **Die Wertbestimmungskommission**.

Elektromonteuere und Helfer. Sonntag, den 15. Februar, abends 8 Uhr: **Frauenmänner-Sitzung** im **Volkshaus**. Von den Betrieben wo noch keine Vertreterinnen vorhanden sind, ist unverzüglich ein Vertreter zu entsenden. **Das Branchenkomitee der Elektromonteuere**.

Metalldrucker. Montag, den 17. Februar, abends 7 Uhr: **Branchen-Versammlung** im **Volkshaus**. Bericht über unsere Lohnbewegung [*] **Die Kommission**.

Bezirk Westen. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, in der **Turnhalle**, Calvestr. **Vertr.-Männer-Sitzung**. Das Erscheinen sämtl. Vertr.-Männer erwartet **Das Agitationskomitee**.

Schkeuditz. Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, im **Deutschen Haus**: **Versammlung** für alle in Schkeuditz und Umgebung wohnenden Metallarbeiter. Tagesordnung: 1. Vortrag des **Kass. Schilling**: „Sozialisierung der Betriebe“. 2. Gewerkschaftliches. Zahlreiches Erscheinen erwartet **Das Agitationskomitee**.

Landkraftwerke Leipzig-Kulkwitz. Die **Versammlung** findet nicht am 16. Februar, sondern am 23. Februar statt. **Alle vom Militärdienst entlassenen Kollegen** müssen sich sofort, spätestens innerhalb 3 Wochen nach erfolgter Entlassung, wieder beim **Verband** anmelden, wollen sie nicht ihrer bisher erworbenen Rechte verlustig gehen.

Kommunistengruppe (Märkischer Bund.) Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 Uhr **Windmühlenstraße**. — Vortrag mit Thema: **Tivoli, Was ist Sozialismus?** Freie Ausdr.

Achtung! Achtung! **Handlungsgehilfen.** Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 Uhr **Große öffentl. Versammlung** im großen Saale des **Evangel. Vereinshauses**, Köhlerstr. 14. **Thema: Was wollen wir?** **Anschließend freie Ausdrache.** **Kollegen! Erscheint in Massen! Wahrt Eure Interessen!** **Freie Vereinarbeit d. stellenlosen Handlungsgehilfen Leipzigs.**

Turnverein „Vorwärts“, Leipzig-Eutritzsch **M. d. A.-T.-B.**

Recht schmerzliche Opfer hat der unverantwortliche Weltkrieg auch von unserem Verein gefordert. In unsere Reihen konnten nicht zurückkehren die Turngenossen:

Paul Bax	Karl Meitkamp	Karl Neumayer
Willy Beg	Otto Hofmann	Reinhold Müller
Richard Berges	Otto Höfer	Iwan Reuter
Franz Burlan	Ernst Hubert	Paul Rothe
Hermann Ebert	Rudolf Kayser	Otto Rothmann
Max Eule	Karl Kautenberger	Lothar Röhr
Paul Eule	Karl Klein	Hermann Sachse
Walter Fischer	Arno Kriegling	Otto Schäfer
Paul Halm	Max Knopf	Kurt Schreiber
Wenzel Hambay	Alfred Latsch	Kurt Schmiedchen
Rudolf Helwig	Paul Latsch	Willy Spiess
Paul Herber	Karl Löbnitz	Max Zober
Karl Heinze	Wilhelm Näther	

Ihnen allen werden wir ein ehrendes und dauerndes Andenken bewahren **I. A.: Der Turnrat.**

Berichterstatter gesucht. Für das **Volksblatt in Halle** (U. S. P. D.) wird ein selbständiger, tüchtiger, auch mit Redaktionsarbeiten vertrauter **Berichterstatter** zum möglichst **sofortigen** Eintritt gesucht. Angebote sind zu richten an **Herrn Weber**, Halle a. S., Glauchaer Str. 40, II.

An alle ehemal. Kriegsgefangene des Ostens! Alle Kameraden u. ehem. Gefangenengeführten werden gebeten sich Sonntag, abends 6 Uhr, einzufinden im **Rest. Grandvorwerk**, Ecke Douras u. Kaiser-Wilhelm-Str. **Der Eindecker 1***

Familien-Nachrichten

Für die vielen wohlwollenden Beweise lebendiger Teilnahme, welche uns bei dem viel zu frühen Hinscheiden unseres lieben teuren Entschlafenen, Herrn **Willy Heiser** zu teil geworden sind, sprechen wir nur hierdurch unsern herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank Herrn Pastor Planert für seine trostreichen Worte sowie auch Herrn Kirchschullehrer Haake nebst Schülern für den erhabenden Gesang. Der tiefsten Dank all seinen Arbeitskollegen vom Flugzeugwerk sowie all seinen lieben Freundinnen und Freunden der Bauerngenossenschaft Lindenhal für ehrendes Gesetzt und prachtvollen Blumenschmuck. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan. Dir aber, lieber **Willy**, rufen wir ein Ruhe sanft in dein frühes Grab nach. **Lindenhal**, den 12. Februar 1919. Die trauernden Eltern und Geschwister **Mario Ellenberger**, als Braut.

Ein treuer Vaterberg hat aufgehört zu schlagen. Nach längerem Leiden entschlief heute mittag an Herzschlag mein lieber guter Vater, unser Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der **Formier** **Karl Möhler** im 58. Lebensjahre. In tiefstem Schmerz **L. Lindenau**, Güntherstr. 14, II. Die trauernde Tochter **Lina Mahmann geb. Möhler** nebst Eltern. Die Einäscherung unseres lieben Entschlafenen findet Sonntag, den 16. Februar, vorm. 10 Uhr, auf dem **Südfriedhof** statt.

Am 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, verschied nach längerem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager **Walter Bergmann**. **L. Kleinschöcher**, Windorfer Str. 59. In tiefster Trauer **Frieda Bergmann und Kinder** nebst Eltern und allen Verwandten. Die Beerdigung findet Sonntag, den 16. Februar, nachm. 1/2 Uhr, auf dem **Friedhof Kleinschöcher** statt.

Allen Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß mein lieber einziger Sohn **Herbert** Mittwoch abend 8 Uhr nach kurzem schwerem Leiden im Krankenhaus St. Jakob sanft entschlafen ist. **Böhmig**, Colloredostraße 9. In tiefstem Schmerz Die trauernde Mutter **Minna Wlogmann** und alle Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonntag, den 16. Februar, mittags 1/2 Uhr, auf dem **Südfriedhof** statt.